

Der 'Lübecker Volksbote' erscheint jeden Nachmittags, außer an Sonntagen und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 18 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 905.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgespaltene Zeile oder deren Raum 4,50 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen: 3,50 Mark, Reklamen 20,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

# Lübecker Volksbote

Nummer 117

Samstag, den 20. Mai 1922.

29. Jahrgang.

## Das Fazit von Genua.

Darüber, ob Dr. Walter Rathenau ein geschickter und erfolgreicher Politiker ist, wird wohl noch lange gestritten werden. Aber ein geistreicher Redner ist Dr. Rathenau ganz zweifellos. Und so hat er denn an den Schluß der Genueser Konferenz eine Rede gestellt, welche die entscheidenden Mächte der Welt nach dem Kriege außergewöhnlich klar herausarbeitet.

Der Krieg hat die europäische Wirtschaft verunstaltet. Er hat zahlreiche Produktionsstätten zerstört und Millionen wertvoller Arbeitskräfte vernichtet. Aber trotzdem könnte allein neben den Zerstörungen der Kriegszeit die Unordnung in der Weltwirtschaft nicht so groß sein, wie sie tatsächlich ist. Denn von dem gesamten Produktions- und Verkehrsapparat sind mehr als neun Zehntel erhalten geblieben; und selbst die fürchterlichen Verwüstungen Rußlands machen nur einen geringen Prozentsatz des Welt-handels aus. Die entscheidende Störung der Weltwirtschaft liegt in den durch den Krieg und noch mehr durch den Gewaltfrieden hervorgerufenen Handels- und Finanzstörungen. Die europäischen Staaten haben sich eine fürchterliche Last von Kriegsschulden aufgeladen. Deutschland vor allem hat Zahlungsverpflichtungen, die seine Leistungsfähigkeit und Produktionskraft weit übersteigen. Zahlt aber Deutschland nicht, dann kann auch Frankreich nicht zahlen, es könnte wahrscheinlich auch auf die Dauer nicht zahlen, wenn Deutschland wirklich in der Lage wäre, das Londoner Ultimatum zu erfüllen. Alle Staaten schweben deshalb als Schuldnerstaaten gegenüber Amerika. Und die Siegerstaaten auch als Gläubigerstaaten gegenüber Deutschland in einem Zustand dauernder Ungewißheit.

Aber selbst dasjenige, was Deutschland leisten könnte, wird ihm zu leisten verwehrt. Zahlen kann eine Nation ohne fortschreitende Verzerrung nur durch Waren. Gerade die deutschen Waren aber sucht man in den Siegerländern fernzuhalten. Denn in allen Ländern hat man zum Zweck der Kriegsführung eine Unmenge neuer Industriebetriebe geschaffen, die nachher auf Friedensarbeit umgestellt worden sind. So ist die industrielle Produktion weit über die jetzt vorhandene Konsumfähigkeit hinausgewachsen, während zugleich die Versorgung der Welt mit Lebensmitteln und Rohstoffen zurückgegangen ist.

Die Wiederherstellung der Weltwirtschaft setzt ein Verschwinden des Kriegesgeistes, setzt ehrliches Vertrauen unter den Völkern in die Sicherheit des Friedenszustandes voraus. Ist dies gegeben, dann kann eine allgemeine Regelung nicht zwischen einem und dem anderen, sondern unter allen Völkern die Stabilisierung und damit die Besserung der Verhältnisse schaffen.

Soweit Rathenau, dessen Rede in einem Hymnus auf den Frieden ausklang. Wir hatten schon gestern betont, daß die Genueser Konferenz für die Lösung dieser großen Aufgabe nicht viel geleistet hat. Und man braucht kein Pessimist zu sein, um voraussehend auf die Konferenz in Haag schon heute zu konstatieren, daß auch sie die Riesenarbeit nicht bewältigen wird, die ohne allezeitigen guten Willen und ohne die umfassende Mithilfe Amerikas überhaupt nicht getan werden kann. Gegenüber diesen Feststellungen tritt weit die politische Einzelfrage in den Hintergrund, ob der Kapallvertrag ein geschickter Schachzug oder eine unglückliche Entgeißelung Deutschlands gewesen ist. Die Rettung, die die Welt ersehnt, ist er jedenfalls nicht, kann er nicht sein, und die Konferenzen von Genua und vom Haag rühren auch an die entscheidenden Probleme noch nicht.

Es ist ein charakteristischer Zufall, daß gerade zum Schluß der Genueser Konferenz die deutsche Mark erneut ins Gleiten gekommen ist und Oesterreichs schwere Wirtschaftskrise wieder akut wird. Die Entwertung der Krone ist so rasch und ungeheuerlich, daß dort überhaupt niemand mehr einen Ausweg sieht. Nur die verzweifelte Klage bleibt offen, daß dieser Staat mit dieser Wirtschaft eben nicht lebensfähig ist.

Das Große an der Konferenz von Genua und dem Haag ist das zweifelhafte Ringen Europas um die Rettung Rußlands. Trotz aller nur allzu berechtigten Abneigung gegen die traurigen Sommersoldaten will und darf Europa nicht zulassen, daß das fließende Riesengeld zu einer menschenleeren Einde verunstaltet werde. Im Haag soll das begonnene Rettungswerk fortgesetzt werden. Es wird schwer genug sein, aber will man Deutschland und Mittel-Europa erst in russische Zustände hinabgleiten lassen, ehe man die Entschlüsselung zur rettenden Tat findet?

### Die Schlusssitzung.

Genua, 19. Mai. (Fig. Drahtber.)

Der heutige Tag ist für Genua das große Ereignis: Vollziehung und gleichzeitige Schlußtagung der europäischen Wirtschaftskonferenz. Schon vor 9 Uhr fanden sich Delegierte und Journalisten im Palazzo Giorgio ein, der trotz der Abreise ganzer Delegationen wieder bis auf den letzten Platz gefüllt war. Deutschland war durch den Reichsminister Dr. Brüning und den Reichsaussenminister Dr. Rathenau vertreten. Um 9 Uhr 20 Minuten eröffnete Facta die Sitzung und teilte mit, daß zunächst die Arbeiten der

Wirtschaftskommission bestätigt werden sollen. Er erteilte dann dem Vorsitzenden der Wirtschaftskommission, Colrat, das Wort, der einleitend einen Überblick über die Arbeiten der dritten Kommission gab. Es sei Zeit, wieder zu einem gesunden Wirtschaftssystem zurückzukehren, an dem Frankreich gern mitarbeiten werde, und er glaube, daß die Kommission zu diesem Wiederaufbau durch ihre Beschlüsse gute Wege gezeigt habe. Colrat, dessen Rede ohne wesentliche Kernpunkte war, schloß: „Europa ist auf Verträgen begründet! Alle, die diese Verträge zu stören versuchen, stören Europa, arbeiten gegen den Geist, der die Delegierten zur Konferenz von Genua geführt hat.“ Die französische Parole ist also: Die Verträge müssen aufrechterhalten werden, mag Europa auch daran zugrunde gehen.

Nach Colrat kam der italienische Minister Rossi, ein eifriger Anhänger zu Wort. Er einte bei Ermächtigung der Kommissionsbeschlüsse nochmals auf die Lage Italiens ein, das unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen in Europa sehr zu leiden habe. Rossi erwartete von den Genueser Beschlüssen weitgehende Besserungen.

### Die Rede Rathenaus.

Als danach Rathenau zu Worte kam, herrschte allgemeine Aufmerksamkeit. Rathenaus Rede war ausgezeichnet. Er betonte zu Beginn seiner Ausführungen, daß er sich streng an das Programm der Konferenz halte, aber den Versuch machen werde, die Mächte in nochmals auszusprechen, die sich während der Beratungen der ökonomischen Fragen in Genua immer klarer herausgegliedert hätten. Die erste Wahrheit sei: Die gesamte Weltwirtschaft der Völker ist zu groß im Verhältnis zu ihrer Produktionskraft. Alle Hauptwirtschaftsländer seien in eine Schuldenlast verwickelt, kein Staat könne einen wirklichen Haushalt aufstellen, könne große Einrichtungen irgend welcher Art schaffen. Die zweite Wahrheit bezeichnete der Außenminister in folgenden Sätzen: „Kein Gläubiger soll seinen Schuldner an der Bezahlung seiner Schulden hindern.“ Nach einer ausgezeichneten Begründung, die ohne Einbruch Frankreichs erfolgte, fuhr Rathenau fort: Die dritte Wahrheit ist ausgedrückt in dem Satz, daß die Weltwirtschaft erst dann wieder hergestellt werden kann, wenn ein unentbehrlicher Markt wieder gewonnen ist, d. h. das wechselseitige Vertrauen. Dieses Vertrauen kann nur wiederkehren, wenn die Welt im wahren Frieden lebt. Zwar bedeutet der heutige Zustand nicht gerade Krieg. Aber er ist dem Krieg ähnlich. Die Erkenntnis fehlt, daß der Schuldner Sühne bedarf und nicht imstande ist zu zahlen, wenn man ihm die letzten seiner Möglichkeiten, nämlich seinen Kredit, zerstört. Rathenau, der seine Rede in französischer Sprache hielt, schloß seine Rede mit den Worten: „Krieg, Frieden, Frieden, Frieden.“

Die Übersetzung seiner Worte wurde durch anhaltenden stürmischen Beifall, an dem sich auch Lord George beteiligte, zum Ausdruck gebracht. Besonders die Italiener applaudierten mit, was darauf zurückzuführen war, daß Rathenau die italienische Friedensliebe und den Willen der italienischen Regierung, auf dieser Konferenz zum Ziel zu kommen, in seinen Ausführungen besonders hervorhob.

Es folgte dann Lütticherin, der sich über die Beratungen der Arbeitskommission beschränkte. Lütticherin forderte den Schweizer Bundespräsidenten Motta zu einer Erklärung heraus, da er behauptet hatte, daß die Beschlüsse der Arbeitskommission von Ländern formuliert würden, die kein Interesse an Arbeiterfragen hätten. Motta erwiderte, daß man in der Schweiz schon lange den Arbeiterstand habe und noch weitere soziale neue Einrichtungen einführen werde. Die Beschlüsse der Wirtschaftskommission wurden darauf einstimmig angenommen.

Sieheff sprach Schaeffer, der der Konferenz die Ergebnisse der politischen Kommission zur Annahme empfahl. Die Formulierung, die sich auf den vorläufigen Friedenspakt bezieht, wurde von allen Mächten nach Befragen durch den Präsidenten Facta angenommen. Deutschland wurde nicht befragt, Frankreich nahm erst an, nachdem alle anderen Mächte mit Ja geantwortet hatten.

### Die Schlussrede Lord Georges.

Nach den Bestimmungen ergriß unter allgemeiner Spannung der englische Premierminister das Wort zu einer großen Schlussrede, in der er dem italienischen Volke, der Regierung und der Stadt Genua dankte, um dann fortzufahren:

Wir sind jetzt zu dem Ende der bedeutungsvollsten Konferenz der Weltgeschichte gelangt.

Wir haben einen großen Friedenspakt, der dem erschöpften Europa wieder Kraft und Gesundheit geben wird. Wir müssen Papier durch Taten in Geld verwandeln. Jeder von uns muß bei seiner Heimkehr bedenken, die die Geschäfte ihres Landes leiten, davon Kenntnis geben und hierdurch die wirtschaftlichen Bedingungen in Europa herstellen. Das wirklich anregende Moment der Konferenz konzentriert sich auf eine andere Frage. Das sind die Beziehungen Rußlands zu der übrigen Welt und die Lösung, die die Welt bereit ist, vorzunehmen, um dieses verunstaltete Land wieder herzustellen und das große Elend seiner Bevölkerung zu heilen. Zum ersten Male hat Europa dieser Schwierigkeit ins Gesicht gesehen und ist nicht zurückgewichen. Wir haben beschlossen, damit fortzufahren. Das ist die ermutigendste Entscheidung dieser Konferenz.

Nach Lord George sprach noch Barthou einige Worte. Dann folgte das Schlußwort Factas.

## Den Deutsch-Amerikanern!

Lübeck, 20. Mai.

Am Sonntag treffen einige hundert Deutschamerikaner in Lübeck ein. Schon vor mehreren Wochen wurde ihr Besuch angekündigt. Ihr Hauptbesuch sollte der deutsch-amerikanischen Woche in Bremen gelten. Vor einigen Tagen kam der Dampfer in Cuxhaven mit den deutschen Brüdern jenseits des Ozeans an. Sie wurden nach Hamburg geleitet und sie besuchten zum Teil auf Einladung der niederdeutschen Vereine Lübecks auch unsere Hansestadt. Wir salutieren! Nicht mit dem Pomp ehemaliger kaiserlicher Hoheitszeichen, sondern mit neudeutschem, mit republikanischem Gruß. Denn das Deutschland, das unsere Stammesgenossen vor Jahren oder Jahrzehnten verlassen haben, ist ein anderes geworden. Durch schwere Not hindurch wurde das Volk geleitet, bittere Enttäuschung mußte es erfahren. Das Kästliche, Leben, Gut und Blut ist ihm genommen worden. Unverantwortliche Gewaltmenschen hielten dieses arbeitssame Volk zu Tode, vorkriegsfeindliche Elemente sind schon wieder am Werke, neue Sklavenketten zu schmieden. Den Knieknauern des alten Staates ist kein Mittel zu schlecht, um das Neue, Werden, in den Staub zu treten. Die größten Vernichter des Volksglücks reihen heute schon wieder den Mund am weitesten auf, um die junge Republik vor aller Welt in Mißkredit zu bringen. Es wird zweifellos manchen geben, die dem deutsch-amerikanischen Besuch diesen Glauben beibringen wollen. Wie lächerlich sie sich dadurch machen, ist ihnen wohl kaum selbst bewußt. Wurde doch an uns die Bitte gerichtet, wir möchten mit dafür eintreten, daß am Besuchstage die schwarz-weiß-rote Flagge von allen Häusern und Giebeln Lübecks flattere. Ein törichtes Verlangen! Es beweist, wie einfältig das Dugendbürgertum aus den schweren Ereignissen gelernt hat, wie politisch blutarm es geblieben ist. Wir haben dem in seinen Kreisen einflußreichen Herrn in nicht mißzuverstehender Weise gesagt, wie wir eine derartige Propagation des republikanischen Geistes unserer Stadt auffassen würden.

Die deutsch-amerikanischen Gäste müssen erkennen, daß ihr Vaterland in andere geworden ist; sie, die aus dem größten republikanischen Staate kommen, sollen nicht schon beim ersten Anblick gewahren, daß der Deutsche ewig als politischer Trottel gelten darf. Wir wissen, die jetzt wieder deutschen Boden betretenden Landsleute hegen noch lange nicht alle die Achtung für die deutsche Republik im Herzen, die sie der freien nordamerikanischen sicherlich entgegenbringen. So viele von ihnen verlassen einst den deutschen Boden, weil er ihnen nicht das gewährte, was ein arbeitsamer und pflichttreuer Mann vom Leben beanspruchen darf. Mancher ist vielleicht auch darunter, den der alte Polizeistaat anwiderte. Dieser Staat ist nicht mehr und er kommt nicht wieder!

Es ist nicht leicht, auf fremder Erde sich eine Existenz zu suchen, heimisch zu werden. Der Kampf ums Leben ist überall hart, erfordert Energie und ganze Männer. Den Deutschen im allgemeinen und den Niederdeutschen im besonderen sind jähre Eigenschaften angeboren. Drüben im Ozeanien erproben sie sich. Arbeit und Ausdauer krönen sie jetzt. Das übrige schaffte die zerfallene Mark und der Dollar — der heutige Hebel der kapitalistischen Welt. Seit Jahren sind die amerikanischen Zeitungen voller Anpreisungen: Kauf deutsche Bons, die beste Kapitalanlage! Jede Wertverringerung unseres Zahlungsmittels verschärfte die Not des deutschen Volkes; sie erhöhte zugleich den Profit der einheimischen Wucherer und bildete den Spekulationsregulator in Dollarien.

Die Gäste werden erstaunt sein über das offen vor ihnen liegende Heimatland: Sauberkeit und Betriebsamkeit liegt offen zutage, die Geschäftsauslagen deuten auf Wohlstand. Das wertzehende Volk aber, äußerlich unverändert, ist im Innern beschwert voll Harm und Sorge. Das meiste Angenehme, von ihm selbst erzeugt, ihm selbst bitter Not-tuende, ist unerschwinglich im Preise. Dreimal geringer ist der Lohn des deutschen Arbeiters gegenüber dem des amerikanischen, 40-, 50- bis 100fach sind die Preise für die Lebensnotwendigkeiten gestiegen; 20-, in seltenen Fällen höchstens 30fach der Lohn der Lohn- und Gehaltsempfänger. Vielleicht nimmt der eine oder andere ein kleines Preisverhältnis hinüber, um zu beweisen, wie karg das deutsche Volk, das werktätige, nicht das handeltreibende, alle Unterhaltskosten auf den Verbraucher abwälzende, zu leben gezwungen ist. Zum Darben gezwungen, weil die kapitalistische, profitlüsterne Welt es so will. Heute kommt selbst in den Familien der Qualitätsarbeiter wöchentlich nicht mehr als ein oder zwei Pfund Fleisch auf den Tisch und selbst die amerikanische Knollenfrucht, die Kartoffel, die nur einigen hun-

bert Jahren Sir Francis Drake in Europa berühmt machte und die die Hauptnahrung der ärmsten Volksgenossen bildet, kostet heute das drei- und vierfache eines Pfundes Fleisches der Vorkriegszeit. Butter und reelles Fett kennen die meisten Deutschen nur nach dem Namen nach. Gellen wir noch von Kleibern, Wäsche, Schuhzeug reden? Die Gäste werden das ganze Glied, die Befahrung des Völkermordens, kaum erfassen, weil die Dollarnoten das falsche Gewicht ausgleichen.

Wir sind die letzten, die an das Mitleid appellieren. Dieser Artikel zieht in Amerika noch weniger als bei uns. Aber wir wünschen, die deutschen Brüder möchten nach ihrer neuen Heimat die Ueberzeugung mitnehmen, daß das deutsche Volk an sich unschuldig an seinem Unglück und daß es des Vertrauens des Auslandes würdig ist. Sein unbegabter Arbeitsmüde muß Unterfangen genug sein, um ihm die Lebensmöglichkeit zu lassen, sich aus dem Jammer emporarbeiten zu können. Hierbei mitzuhelfen ist auch Amerika als Kriegsteilnehmer verpflichtet.

Sicher ist: die deutsch-amerikanischen Gäste werden manches sehen, das nicht nach neuem Geist ausschaut. Sie werden vielleicht an Städten kommen, wo Verschwenker an einem Abend mehr ausgeben als ein fleißiger Arbeiter in der ganzen Woche verdient. Sie werden sogar nationalistische Symmen erklingen hören — in Lübeck sind sie in einem bekannten Café für eine Runde Schnaps zu haben — aber ein offenes Auge wird bald gewahr, daß diese Ausnahmen nicht das deutsche Volk bilden. Der Deutsche, der sein Vaterland liebt, der arbeitet es wieder in die Höhe, der weilt und wirft an der neuen Zeit, am neuen Staat. Er duldet und leidet, aber er schafft sich sein Recht und baut sich sein Vaterland so, daß auch der Deutsche im Ausland stolz auf die Flagge schwarz-rot-gold sein kann. XX.

## Reichstag.

214. Sitzung vom 19. Mai, 11 Uhr vormittags.

Nach Erledigung einiger kleiner Anfragen wird die Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums beim Titel Wohnungsweiser fortgesetzt.

Hg. Heydeman (Komm.) fragt, inwieweit die bisher erhobene Wohnungsabgabe dazu beigetragen hat, dem Wohnungsmangel in Deutschland abzuwehren.

Eingegangen ist ein Antrag der Deutschnationalen Volkspartei, das ländliche Pacht- und Siedlungswesen dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft anzugliedern.

Hg. Obermeyer (Soz.): Die Vorwürfe des Reichswirtschaftsrates des Baugewerbes gegen die sozialen Baubetriebe sind durchaus unbegründet. Die sozialen Baubetriebe haben sich sehr gut bewährt und wirken in der Hauptsache preisregulierend. Durch die Gemeinden wird die Verwendung öffentlicher Gelder durch die sozialen Baubetriebe kontrolliert. Dem Verbande sozialer Baubetriebe gehören 60 Bauhöfen und 140 Genossenschaften an. Zwei Drittel des Kapitals von 45 Millionen Mark sind in den Bauhöfen angelegt. Im Jahre 1921 wurden 20 000 Arbeiter beschäftigt und Aufträge in Höhe von 470 Millionen Mk. ausgeführt. Leider aber konnte infolge der Geldentwertung nur die Hälfte der Aufträge ausgeführt werden. Nach dem der Bauarbeiter-Verband beschlossen hat, 5 % seiner jährlichen Einnahmen, das sind ungefähr 25 Millionen Mark, den sozialen Baubetrieben zuzuführen, braucht keine Regierung mehr zu befürchten, daß ihr den Baubetrieben zur Verfügung gestelltes Geld verloren gehen könnte.

Hg. Meier (USP.) verlangt Auskunft darüber, wie der auf Grund des Wohnungsabgaben-Gesetzes geschaffene Ausgleichsfonds verwaltet wird und unter welchen Bedingungen Gelder aus ihm gewährt werden.

Hg. Hoch (Soz.) wendet sich gegen den Antrag, das ländliche Pacht- und Siedlungswesen vom Reichsarbeitsministerium abzutrennen und dem Ministerium für Ernährung und Landwirtschaft zu übertragen.

Reichsarbeitsminister Brauns teilt mit, daß das Wohnungsweiser des Kabinetts noch beschleunigt wird. Die Anwendung der Steuererlasse bei Erhebung des Finanzministeriums. Die Gelder des Ausgleichsfonds im Wohnungsabgaben-Gesetz werden den Ländern überlassen, und es sei daher ausgeschlossen, daß sie an irgendwelche Interessenten abgegeben werden.

Der Antrag, die Ueberweisung des Pacht- und Siedlungswesens an das Ernährungsministerium zu erwägen, wird angenommen.

Genehmigt wird die Erhöhung des Fonds zur Unterstützung der Rentner aus der Invaliden- und Angehörigen-Versicherung auf 3,8 Milliarden. Angenommen wird eine Entschädigung der Sozialdemokraten, wonach bei der Auslegung des Gesetzes über Reichsanstalten zur Unterstützung dieser Rentner Leistungen, die mit den Zweck haben, die gesetzlichen Renten zu erhöhen, nicht angerechnet werden und danach wenigstens bei der Herstellung eines Gesetzes zur Änderung dieses Gesetzes vorzulegen ist. — Anlässlich der Ratifikation des Gesetzes zur Unterstützung leitender Kleinrentner hat der Etat 200 Millionen vor, die der Ausleih auf 500 Millionen erhöhte. Die Deutschnationalen beantragen eine Million und lassen ihren Antrag durch eine große Agitation der Abgeordneten Dr. Oberhöfer begründen. Nach lebhafter Debatte, an der sich von sozialdemokratischer Seite Frau Ida Sander und Hg. Führer-Hommes beteiligen, wird der Antrag der Deutschnationalen gegen die Stimmen der beiden Reichsparteien abgelehnt und die Erhöhung auf 500 Millionen Mark einstimmig angenommen.

Angenommen wird ein Antrag des Reichstages, der 20 000 Mk. an Beihilfen für lokale und territoriale Reichsorganisationen zur Abgeltung der ihnen durch den Verleih mit den Beförden entfallenden Unkosten fordert.

Die Kapitel „Einrichtung für Arbeiterwohlfahrt“, „Reichsernährungsamt“, „Reichsarbeitsvermittlung für Unfallversicherung“ und „Reichsamt für Arbeitsvermittlung“ werden angenommen.

Beim Kapitel „Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen-Versicherung“ ist eine Interpellation der Deutschen Volkspartei zur Beratung, die für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen eine den heutigen Verhältnisse gerecht werdende Versorgung fordert und die von Hg. Lipil (D. Sp.) begründet wird.

Hg. Meier (USP.) begrüßt die vom Ausschuss angenommenen Entschädigungen, wonach die Umanerkennungsarbeiten nach dem Versorgungs-Gesetz vom 12. Mai 1920 in diesem Reichstages bezahlet werden sollen. Daran ist von einer Festsetzung der im Etat für Hilfskräfte bei den Versorgungsbehörden vorhandenen Mittel abgesehen worden. Die notwendige Uebertragung des Gesetzes ist von der Umanerkennung abhängig. Die 1920 festgesetzten Sätze müssen erhöht und für die Deckung gesorgt werden. Wir werden zuhören zur Einlassung des Reichstages in den hohen Stufen und bei der Vermögenssteuer beantragen. Die Rechte zum Schwerbeschädigten-Gesetz wird hoffentlich bald vorgelegt. Wir haben die im Ausschuss abgelehnte Entschädigung wieder eingeführt, in der die Regierung ernst wird, in der Verfügung des Reichsarbeitsministeriums vom 22. November 1921 die Versorgung von Hinterbliebenen-Schwelern bei der Einlassung von Hinterbliebenen zu fördern. Durch die Senat-

zungung wird nur der Maßstandtag umgangen. (Beifall bei den Soz.)

Hg. Andre (Zentr.): Die Richtigungsarbeiten müssen aus dem Gesetzesentwurf heraus, zumal sie nur hohe Verwaltungsstellen verursachen. Den Antrag der Sozialdemokraten gegen die Verwendung der Mutteraus-Schwelern lehnen wir ab.

Hg. Frau Ziegler (USP.): Die Versorgungsämter arbeiten so langsam, daß die im Jahre 1921 beschlossene Teuerungszulage noch heute nicht an alle ausgezahlt worden ist. Das soziale Empfinden fordert die Beilegung der Bedürftigkeitsfrage bei der Unterstützung der Eltern der Kriegsväter.

Hg. Berthel (Komm.) fordert die Beilegung des Bedürftigkeitsnachweises für die Invaliden.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns erklärt, daß die Uebertragung des Gesetzes auf Erhöhung der Ueberlebenszulage um das 3/4 bis 4fache nach nur fünf Jahren erfolgen dürfte. Die Neuregelung der Kriegsbeschädigten-Fürsorge erfordert 12 1/2 Milliarden, und die Gesamtaufwendungen seien seit 1920 um das Dreifache gestiegen. Erst nach Erledigung der Umanerkennungsarbeiten könnten natürliche Härten in der Rentengesetzgebung behoben werden.

In weiteren Bemerkungen der Hgg. Meier-Zwickau (Soz.), Mhrecht (USP.) und nach dem Schlusswort des Hg. Streiter (D. Vpt.) wird die Uebertragung betr. die Umanerkennung und die über den Aufbau des Verste- und Pflegepersonals angenommen.

## Ein Mitglied der Sowjetmission in London ermordet.

London, 20. Mai. August Schum, einer der Sachverständigen der Sowjetmission, wurde in der Nähe seiner Wohnung ermordet aufgefunden. August Schum war früher Leiter der Weißruss-Partei in Charbin. Die Umstände des Mordes sind noch nicht aufklärt.

## Die Anleihebedingungen Morgans.

London, 20. Mai. „Philadelphia Public Ledger“ erfährt von amerikanischer Seite zu dem Morgan-Anleiheplan, daß die Führer der britischen Finanzkreise heute die Aufforderung erhalten haben, Vorschläge zu prüfen und zu beurteilen, die den Hauptinhalt der Vorschläge enthalten, die Morgan der Pariser Versammlung unterbreiten wird: 1. Die Vorschläge gehen dahin, daß die deutsche Anleihe von einer Modifizierung der deutschen Reparationen begleitet sein muß, so daß der zu zahlende Betrag eine Höhe erhält, die in einer festgesetzten Zeit in der Tat zurückerstattet werden kann. 2. daß die zu leistende deutsche Anleihe ein Vorrecht vor den Reparationsforderungen erhält, wodurch die ganze Frage erledigt werden würde, wie diese Anleihe zu den Reparationsforderungen steht. Dadurch würde eine weitere Sicherheit geschaffen werden. 3. Der Betrag der Anleihe soll in gewissem Grade höher sein, als die Summe, die zur Garantie der Reparationszahlungen benötigt wird; die während der nächsten drei bis fünf Jahre zu leisten sind. Der Restbetrag soll zur Stabilisierung des deutschen Finanzwesens verwendet werden, zur Aufhebung der weiteren Papiergeldemissionen und für Wiederaufbauarbeiten.

## Frankreich und Anspach.

Das französische Kriegsministerium übergibt der Presse ein Komunique, in dem gesagt wird, daß die französische Regierung keine einzige Information benutzt, die sich auf Dr. Anspach zurückführen läßt.

## Rußland und der Rapallo-Vertrag.

Moskau, 19. Mai. Nach der Entgegennahme des Referates Joffes über die Konferenz in Genoa nahm das allrussische Zentralkonkurrenzkomitee folgende Resolution an:

Wir begrüßen den russisch-deutschen Vertrag von Rapallo als den einzig richtigen Ausweg aus den Schwierigkeiten, dem Chaos und aus der Kriegsgefahr. Wir erkennen als Norm für die Beziehungen Rüsse-Rußlands zu den kapitalistischen Staaten nur Verträge dieser Art an. Wir beauftragen den Rat der Volkskommissare und das Kommissariat für Neues, ihre Politik in diesem Geiste zu führen. Wir schreiben dem Volkskommissariat für Neues und dem Rat der Volkskommissare vor, Abweichungen von dem Typ des Rapallovertrages nur in solchen Ausnahmefällen zuzulassen, wenn solche Abweichungen durch ganz besondere Vorteile für die arbeitenden Massen der Räterepublik ausgeglichen werden.

Die Hintertür zu weitgehenden Konzessionen, an den Weltkapitalismus hat man also vorzüglich offen gelassen. Man wußte offenbar schon, was inzwischen in Washington beschlossen wurde: Amerika will Verträge mit Rußland erst dann abschließen, wenn der „Sowjetismus“ abgeschafft ist.

## Die Besteuerung der Ausländer.

In einer kleinen Anfrage hat die Demokratische Fraktion des Preussischen Landtages angeregt, den zahlreichen Ausländern, die Deutschland besuchen, eine vielleicht durch die Gemeinden zu erhebende Steuer einzusetzen. Darauf antwortete der Minister des Innern: Die Anregung, die Nachteile, die sich aus der starken Entwertung der deutschen Währung, insbesondere der kommenden Reisezeit für die deutsche Volkswirtschaft im allgemeinen und die Kommunalverbände im besonderen ergeben, durch geeignete steuerliche Maßnahmen in billiger und den Bestimmungen des Friedensvertrages nicht widersprechender Weise auszugleichen, ist bereits Gegenstand eingehender Ermagungen. Dielem Gedanken trägt auch bereits eine starke Steigerung der Steuerhöhe, der Beherrschung der Steuer bei den teuren Zimmerpreisen Rechnung. In welcher Art noch eine weitere Regelung vorzunehmen sein wird, läßt sich zur Zeit abschließend nicht angeben. Doch wird vornehmlich das Recht der Gemeinden zur Erhebung indirekter Steuern hierfür anzureichen.

## Zum Andenken Cassalles.

Nachdem vor kurzen durch Vermittlung des Reichstagspräsidenten Genossen Loebe und des Genossen Professor Dr. Gustav Mayer die Stadt Breslau von den Erben der Gräfin Helfke, Fürstin Jagdow-Wilbering, die nachgelassene Bibliothek Ferdinand Cassalles und eine Reihe von persönlichen Erinnerungstücken an den Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins und erster erfolgreicher Organisator der deutschen Arbeiterbewegung, zum Geschenk erhalten hat, will jetzt die Breslauer Arbeiterenschaft überaus eine Ehrendankadresse vorzeichnen, zu der sich ein aktiver Anlauf bietet. Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins Breslauer hat beschlossen, am künftigen nächsten Gebirgsfest ein Gedächtnisfest einzurichten, um zwischen den vielen Jünglingen auf langem verflochtenen Stiegen vergangener Tage, die sich in den Straßen Breslaus befinden, auch den Namen Cassalles

zu verewigen. Der Name des größten Sohnes der Stadt Breslau, so heißt es in dem Aufruf des Breslauer Arbeitervereins, „des mutigen Vorkämpfers für Freiheit und Recht, des gewaltigen Bekämpfers des Sozialismus, steht wohl auf tausenden roten Fahnen und ist in Millionen Herzen eingegraben. In seiner Heimatstadt Breslau aber erinnert keiner seiner Grabstätten nicht an ihn!“ Um alle Sozialisten und Republikaner wird die dringende Appell gerichtet, zu den für dieses Gedächtnisfest erforderlichen und erheblichen Mitteln durch freiwillige Spenden beizutragen. Das Gedächtnisfest soll am Todesort Cassalles am 21. August stattfinden, und demnächst gibt doppelt, wöchentlich, freiwillige Spenden nimmt die Expedition der „Botschaft“, Breslau, Marktstraße 4/6, entgegen.

## Für freie Zuckereinfuhr.

Im Reichsernährungsministerium fand gestern eine Besprechung über die Getreidemarktsituation und die Lage am Zuckermarkt statt, in der berufenen Vertreter des Handels und der Industrie die unhaltbaren Zustände in der Zuckereinfuhr schilderten. Im Anschluß daran fand dann im wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates ebenfalls eine Besprechung über die notwendig zu ergreifenden Maßnahmen statt. Nach längerer Aussprache kam man zu dem Beschluß, daß nur durch eine umgehende Freigabe der Einfuhr von Zucker dem Marktstand, der sich vor allem bei den Kleiverbrauchern geltend macht, gesteuert werden könne.

Wie es von anderer Seite heißt, ist damit zu rechnen, daß der Reichswirtschaftsminister die Freigabe der Zuckereinfuhr genehmigen wird, da man sich nicht der Hoffnung hingibt durch irgendwelche Zwangsmaßnahmen, die noch in Deutschland vorhandenen, sicherlich erheblichen Zuckerbestände auf den Markt zu bringen. Auslandszucker, und zwar amerikanische und hoholowakischer Ware ist gegenwärtig schnell und in ausreichenden Mengen zu haben. Natürlich wird dann der Inlandszucker auf Auslandszucker zu teureren Preisen feilgeboten werden. Der Raubbau auf die Taschen der Bevölkerung ist auf diesem Gebiete zur Genüge vorbereitet.

## Der Kampf um das Arbeitsnachweisgesetz.

Im Unterausschuß des Reichstags für sozial Anlegenheiten wurde bei der Beratung über das Arbeitsnachweisgesetz ein von sozialdemokratischer Seite gestellter Antrag abgelehnt, den Arbeitgeber zu verpflichten, jede einem nichtgewerbsmäßigen Arbeiter nachweis mitgeteilte Vakanz auch dem öffentlichen Arbeitsnachweis zu melden. Die bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen gegen den Antrag. Da auch ein Vermittlungsantrag der Demokraten abgelehnt worden war, ist die Verkündung im Unterausschuß über den entsprechenden Paragraphen des Gesetzesentwurfes gescheitert.

## Börse.

Berlin, 19. Mai.

Die Aufwärtsbewegung am Berliner Devisenmarkt setzt sich heute weiter fort. Es handelt sich um die Deckung eines tatsächlich bedeutenden Devisenbedarfs der Industrie und des Handels und um spekulative Käufe, da man annimmt, daß der Devisenmarkt nach Aufnahme der Einfuhr von Zucker, Kohle, etc. wesentlich stärker sein wird. Der Dollar wurde um die Mittagsstunde mit 299 gehandelt. Am Effektenmarkt ist die Tendenz nach wie vor flau. Die Ausführungen des Reichsarbeitsministers Brauns über die Krisenausichten der Konjunktur trugen wesentlich zur Entmutigung der Spekulation bei. Umlich notierten: Kabel Neuyork 296,50, London 1326 1/2, Holland 11 550.

## Nationalistische Bauverbände in Bayern.

München, 19. Mai. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern abend fand in München eine große, von republikanischen Reichsbund einberufene Protestversammlung gegen die Schändung der republikanischen Flagge und die monarchistische Propaganda in München statt. Genosse Dr. Schühlinger referierte über das Thema „Wittelsbacher-Legende und Volksfrömmigkeit“. Zum Schluß des Vortrages, der von zahlreichen Gegnern besucht war, entfiel der übliche Tumult. Es drangen Fahnenkreuzer-Gruppen in den Saal ein, warfen Nebel- und Gasbomben und arbeiteten mit ihren Schlagringern. Die Verlammlung konnte trotzdem zu Ende geführt werden. Sie zogen darauf zur Redaktion der „Münchener Post“ und beschmierten das Gebäude mit marmeladenhaften Fahnenkreuzern.

Die durch den Eisner-Prozess neugestaltete nationalistische Gehe beginnt ihre Früchte zu tragen. Alltäglich finden in den Münchner Bierlokale nationale Demonstrationen unter Abfäkung des Deutschlandslieses statt. Einer Schweizer Musikkapelle bot man vergebens einen Tausendmarktschein und verböhtigte sie, als sie bei ihrer Weigerung blieb. Die Deutschen nationale n versuchen Del ins Feuer zu stecken und so wurde gestern in der deutschnationalen Versammlung Einpruch erhoben gegen die Sitzung der neuen deutschen Fahne in München, die das Symbol des Klassenkampfes und des Umsturzes ist und das Gefühl aller echten Deutschen aufs tiefste verletzt. Weiter wird die sofortige Freilassung von Eisners Mörder, des Grafen Arco, verlangt, und allen denen, die sich diesen Forderungen entgegenstellen, gedroht, sie an Laternenpfählen aufzuknüpfen. Unterdessen geht veranlaßt von der bayerischen Großindustrie, der Kampf der hayerischen Buretratie gegen die Metallarbeiter und ihre Kinder mit aller Schärfe weiter. Herr v. Kahr und sein Amtskollege in Nürnberg haben sich in den Dienst der Hungerhölle der Arbeitergeber gestellt, dadurch, daß sie die Beschlässe des Münchner Stadtrats, den Kindern der ausgeperrten Metallarbeiter verbilligte Milch abzugeben, für null und nichtig erklärten. Die beiden Stadträte haben Beschwerde beim obersten Landgericht eingelegt.

## Kleine politische Nachrichten.

Die neue Regierungsbildung in Braunschweig. Nachdem die Idee der „reinen Arbeiterregierung“ im Braunschweiger Landtag am Vorabend der Kommunisten und dem Sepp-Porter-Standard gesteuert ist, fand ein Briefwechsel der Landtagsfraktion der SPD mit der demokratischen Fraktion statt, aus dem hervorgeht, daß die Demokraten die sogenannte kleine Koalition (USP, SPD, DDP) ablehnen. Sie erklären, da sie sich nur an der sogenannten großen Koalition (SPD, DDP, und Reichspartei) beteiligen werden.

Der USP-Abgeordnete August Fijöber, der wegen der Afindung einer Abtrennung Frankens von Bayern, d. h. wegen Sockerrat zu 15 Monaten Festung verurteilt worden war, wurde nach Verbüßung einer automatischen Strafe aus der Festung entlassen.

**Forderungen zur Volksernährung.**

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zum Haushalt des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: Die Regierung zu ersuchen, dem Reichstag mit tuncächster Beschleunigung Gesetzesvorlagen zu unterbreiten unter Beachtung nachstehender Richtlinien:

1. Für das Wirtschaftsjahr 1922/23 wird das Umlageverfahren für die Erfassung des Brotgetreides beibehalten, wobei der Gesamtbedarf an Brotgetreide für die Ernährung der versorgungsberechtigten Bevölkerung aus der Inland-ernte in der Höhe von 4 1/2 Mill. Tonnen sicherzustellen ist. Diese Umlage ist zu verteilen auf die privatwirtschaftlich, land- und forstwirtschaftlich genutzte Bodenfläche. Die Verteilung der Umlage erfolgt auf Grund der Betriebsstatistik aus der Vorkriegszeit. Die Kleinbäuerlichen Betriebe und das Deputatgetreide, das an Landarbeiter auf Grund von Arbeitsverträgen geliefert wird, sind bei der Erfassung des Umlagegetreides auszuschließen. Bei der Verteilung der Umlage auf die lieferungspflichtigen Betriebe hat eine Abstufung, progressiv steigend nach der Betriebsgröße zu erfolgen, ebenso im gleichen Sinne eine Abstufung nach Bodenklassen. Die Preise für das Umlagegetreide sind zu bemessen unter Berücksichtigung der tatsächlichen Produktionskosten, jedoch sind dabei Konjunktur- und Wertsteigerungen auszuschalten. Für die Ablieferung des Umlage-Getreides sind bestimmte Termine festzusetzen. Die ziviltreue Haftung für die Ablieferung des Umlagegetreides ist beizubehalten.

2. Der Kasziossbedarf der versorgungsberechtigten Bevölkerung soll auf dem Wege privatrechtlicher Lieferungsverträge sichergestellt werden. Damit diese Lieferungsverträge auch tatsächlich eingehalten werden, ist der Erfüllungszwang gesetzlich festzulegen. Die Regierung soll den Abschluß solcher Lieferungsverträge zwischen Erzeuger- und Verbraucher-Gesellschaften sowie landwirtschaftlichen Verbänden einerseits und den Vertretern der Städte und der industriellen Betriebe andererseits fördern und dafür sorgen, daß in allen solchen Fällen eine bevorzugte Belieferung an Kartofeln erfolgt. Dem schrankenlosen Aufkaufen der Kartoffeln ist durch geeignete Maßnahmen, die Konjestionierung des Handels und eine scharfe Kontrolle entgegenzutreten. Der Preis der Kartoffeln ist sowohl für die Produzenten, als auch für den Handel für möglichst große Wirtschaftsgebiete auf der Grundlage der Produktionskosten festzusetzen. Mit dem Reichsverkehrsministerium sind frühzeitig Verhandlungen anzubahnen, damit eine ausreichende Wagenstellung in der Zeit der Kartoffelernte erfolgt.

3. Nach Aufhebung der Zuckerschwangswirtschaft ist Zuckermangel und eine erhebliche Verteuerung des zur Verfügung stehenden Verbrauchszuckers eingetreten. Die Interessenten haben eine Zuckerschwangswirtschaft gebildet, die auf privatrechtlicher Grundlage eine Zwangsbewirtschaftung für Zucker durchgeführt hat und eine scharfe Kontrolle der einzelnen Fabriken ausübt. Im Interesse der Allgemeinheit ist die Bewirtschaftung des Zuckers durch das Reich wieder einzuführen. Der Bevölkerung ist pro Kopf und Woche 1/2 Pfund Zucker zur Verfügung zu stellen, außerdem für Säuglinge pro Kopf und Woche ein Pfund extra. Die Preisfestsetzung für den Verbrauchszucker erfolgt unter Berücksichtigung der tatsächlichen Herstellungskosten mit Zustimmung des Ministers für Ernährung und Landwirtschaft.

**Agarischer Wucher.**

Je mehr sich der Unwille der Bevölkerung gegen den nimmerlatten Lebenswucher der Agrarier wendet, desto frampfhafter bemühen sich die agrarische Presse und die agrarischen Organisationen, andere für den Wucher verantwortlich zu machen. Dieses Spiel ging so weit, daß man sagte, schuld seien nicht die Agrarier, die die unverfügbaren Beträge einheimsten, sondern diejenigen, die sie „angeboten“ haben. Nun liegen aber die Dinge so, daß die Agrarier ihre Produkte zurückhalten, um die Verbraucher zu den unerhörten Angeboten zu zwingen. Unlängst hat der bayerische Landtagsabgeordnete Dr. Schlittenbauer in einer Interpellation sich darüber beschwert, bei der Viehlieferung an Italien seien die „berufenen bayerischen Organisationen“ unberücksichtigt gelassen. Dagegen sei die Lieferung einem jüdischen Großhändler übertragen. Demgegenüber stellt der Bayerische Staatsanzeiger amtlich fest, „daß mit den bayerischen Organisationen manuell verhandelt und am 21. Februar 1922 ein fester Lieferungsvertrag auf 2000 Tiere abgeschlossen worden sei. Bereits am 24. Februar erfolgte eine Preisnachforderung, die schließlich bewilligt wurde. Als dann Anfang März die Viehlieferung an Italien beginnen sollten, verlangten die Leiter der bayerischen Organisationen am 10. März weitere Preis-erhöhungen von 4000 bis 9000 Mark das Stück. Da nach den bisherigen Erfahrungen die bayerischen Organisationen, zum Teil wegen des Verhaltens der Viehhändler, die Lieferungen nicht ausführen konnten oder wollten, wurde die Lieferung an den Großhändler Wertheimer übertragen, der das Vieh um drei Millionen billiger als die „berufenen bayerischen Organisationen“ nach Italien lieferte.

Wieder ein Beweis mehr für die Gerissenheit und Strupellosigkeit der „berufenen bayerischen Organisationen“. Die bayerische Bevölkerung hat diese laubere Politik mit gesteigerten Preisen bezahlen müssen. Es ist zu erwarten, daß die Agrarier das Vieh vom Berliner Markt billiger zu haben gewesen als von bayerischen Stellen. Das will bei den heutigen Frachtpreisen und sonstigen Speise- und Händlergewinnen schon etwas besagen. Die Agrarier aber fahren fort, die Städte auszuhungern.

**Die Sowjetdelegierten unter Polizeischutz.**

Anlässlich der letzten Krawalle vor dem Berliner Rathaus stellte der preußische Minister des Innern, Genosse Severing, im Preussischen Landtag fest, daß die Sowjet-Delegation für Genua während ihres Berliner Aufenthaltes in besonders hohem Maße polizeilichen Schutz fordere. Diese Feststellung Severings war den Kommunisten unangenehm, weil sie dadurch eine Störung ihrer Agitation gegen die „Blut-Hunde“ von der Schupo erwarren durften. Die Berliner Sowjet-Delegation dementierte also und behauptete, die Sicherheitsmaßnahmen seien auf die Initiative der preussischen Behörden und nicht auf den Wunsch der Sowjet-Delegation zurückzuführen.

An dieser Behauptung ist so viel richtig, daß die allgemeinen Sicherheitsmaßnahmen auf Veranlassung der deutschen bzw. preussischen Behörden ergriffen und bereits vor der Ankunft der Russen durchgeführt wurden. Dazu gehörte z. B. auch, daß in den Vestibüls der Hotels, in denen russische Delegierte wohnten, Beamte zu ihrer Verfügung bereit standen. Das genügte aber

den Russen nicht, die Attentate zaristischer Offiziere befürchteten. Darum ersuchte Litwinoff, der mit Tschitscherin im Hotel Eiplanade wohnte, die Beamten ständig, Tag und Nacht, unmittelbar vor den Zimmertüren zu postieren. Dasselbe Ersuchen stellte Toffe, der im Kaiserhof wohnte. Weiter wünschten die Russen Schuß auf ihren Ausfahrten und Spaziergängen. Dieser wurde demgegenüber gestanden, daß auf dem Hof des Luos ein Beamter mitführ, während sich ein zweiter am Ziel der Fahrt aufhielt. Als Toffe aus Genua zurückkam, erbat er sich zum Schuß auf seinen Ausgängen zwei Beamte, die auch gestellt wurden. Bemerkt sei noch, daß die von den Kommunisten besonders scharf bekämpfte Abteilung des Berliner Polizeipräsidiums mit dem Schuß der Russen beauftragt wurde und sich für ihre „glücklichen Maßnahmen“ den Dank der Sowjetleute erwarb.

**Disziplinarstrafen im Heere.**

Der Reichsrat verabschiedete am Donnerstag u. a. den Gesetzentwurf über die Disziplinarstrafen für die Wehrmacht. Bisher konnten militärische Disziplinarvergehen in einem verhältnismäßig geringen Strafrahmen von den Disziplinarvorgerichten geahndet werden. Darüber hinaus mußten die bürgerlichen Gerichte entscheiden. Das neue Gesetz überträgt die Entscheidung solcher Fälle in förmlichen Disziplinarverfahren Kammer und zwei Instanzen, die mit besonderen Rechtsfähigkeiten ausgestattet sind. Sie haben zu urteilen über die Verdösse gegen militärische Zucht und Ordnung, über die sonst der Disziplinarvorgerichte entfallen, wenn die Aufführung besonders schwierig ist. Ferner haben sie zu entscheiden über Dienstgradherabsetzung für Gefreite und Obergefreite. Der Kreis der Disziplinarisch zu ahndenden Straftaten ist erweitert und das Höchstmaß für die Strafe des Arrestes auf 6 Wochen festgelegt worden. Ferner ist ein dem Disziplinarverfahren des Beamtenrechts ähnliches Verfahren vorgeschlagen worden, damit die Soldaten wegen Unwürdigkeit aus der Wehrmacht ausgeschlossen werden können. Weiter sollen die Kammern entscheiden, ob der Beschuldigte trotz der Entlassung einer Verlorenung würdig ist, deren Höhe den Bestimmungen des Wehrmacht-Berorgungsgesetzes unterliegt. Als oberste Instanz ist eine Wehrmacht-Berufskammer vorgeschlagen. Der Reichsrat beschloß, daß in einem Unwürdigkeitsverfahren auf Antrag des Beschuldigten ein Beisitzer aus der Rangklasse des Beschuldigten zuzuziehen ist.

**Arbeitslöhne in Staatsbetrieben.**

Die Verhandlungen über die Neugestaltung der Arbeiterlöhne in den Reichs- und Staatsbetrieben wurden am 18. Mai im wesentlichen zu Ende geführt. Die Zustände entsprechen unter Rücksichtnahme auf die Industrielöhne in der Hauptsache den Zulagen, die auch die Beamten durch Beschluß des Reichstages erhalten haben. In Ortsklasse A: Lohngruppe 1 wird eine Zulage von 5,10 Mk. pro Stunde gewährt. Zwischen den Lohngruppen 1, 2, 3 und 4 ist eine Spannung von je 20 Pfg. vorgesehen. Zwischen 4, 5, 6 und 7 eine solche von je 10 Pfg., jedoch der Arbeiter in der 7. Lohngruppe eine Zulage von 4,20 Mk. erhält. Zwischen den einzelnen Ortsklassen von A bis E tritt eine Spannung von je 20 Pfg. ein. Im übrigen ist in jeder einzelnen Ortsklasse die Spannung zwischen den einzelnen Lohngruppen wie in Ortsklasse A, jedoch die Zulage in Lohngruppe 1 der Ortsklasse E pro Stunde 4,30 Mk. und in Lohngruppe 7 der genannten Ortsklasse 3,40 Mk. beträgt.

Diese Zulagen treten am 1. Mai in Kraft und gelten für den über 24 Jahre alten Arbeiter. Die jüngeren Jahreshalten erhalten eine entsprechend geringere Aufbesserung. Die Lehrlinge erhalten ebenfalls eine den Verhältnissen angepaßte Lohn-erhöhung, die aber noch einer weiteren Beratung vorbehalten bleibt. Arbeiterinnen erhalten eine Zulage von 75 Proz. derjenigen der Arbeiter. Eine neue Regelung des Verhältnisses zwischen Grundlohn und Teuerungszuschlag ist in der Weise erfolgt, daß der erstere 2/3 und der letztere 1/3 des genannten Einkommens beträgt.

Die Auszahlung der erhöhten Bezüge soll mit Beschleunigung durchgeführt werden, mit der Maßgabe, daß die Zahlungen noch vor den Pfingstfeiertagen erfolgen.

**Landarbeiter im Kampfe.**

In Mecklenburg-Strelitz (Land Stargard) stehen die Landarbeiter seit dem 20. April im Streik, um den Abschluß eines Tarifvertrages mit den im Mecklenburger Landbund organisierten Arbeitgebern zu erreichen. Die Arbeitgeber, die bis zum 1. November 1921 mit dem Deutschen Landarbeiterverband einen Tarif abgeschlossen hatten, haben den Tarifgedanken verworfen. Die Gefahren für die Volksernährung sind nicht von den Arbeitnehmern heraufbeschworen worden, sondern von den Unternehmern, die die Landarbeiter in den Streik getrieben haben.

Als der Streik einsetzte, haben die Arbeitgeber durch den Vorstand des Mecklenburger Landbundes das Reichsernährungsministerium und die Landesregierung in Mecklenburg-Strelitz mit Depeschen und Anträgen überschwemmt, die die Sauberstellung als Notstandsarbeit zu erklären. Die übrigen Notstandsarbeiten (das Füttern und Pflegen der Pferde und Kühe und Melken der letzteren) wurden von den Streikenden verrichtet. Infolge der ungünstigen Witterungsverhältnisse lag bei Einsetzen des Streiks keineswegs die Notwendigkeit vor, die Saatbestellung als Notstandsarbeit zu erklären. Die Landesregierung ist nach dem Urteil einer Sachverständigenkommission etwa am 10. Streiktag dennoch zu dem Entschluß gekommen, die Saatbestellung als Notstandsarbeit zu erklären. Die Arbeitgeber haben durch den Reichslandbund und mit Hilfe der Arbeitsgemeinschaften der Soldaten vom ersten Streiktag an Streikbrecher herangezogen, um mit diesen die Saatbestellung durchzuführen. Beim Einsetzen der Technischen Nothilfe wurden von 18 Betrieben nur 225 Arbeiter verlangt; diese Zahl war bis zum Freitag, dem 12. Mai, auf 83 zusammengeschrunft. Festgestellt werden muß, daß sich unter den Streikbrechern eine ganze Anzahl eingeschriebener Mitglieder der Technischen Nothilfe befand, die die Anweisung ihrer Führer zum Einsatz nicht abwarten konnten. Darin liegt die Gefahr, daß die Organisation der Technischen Nothilfe zur Organisation des Streibuchs führt!

Den Landarbeitern ist der Kampf durch das In-den-Rücken-fallen von Streikbrechern ungenauer erschwert. Die Arbeitgeber liegen die Beststellungsarbeiten mit Hilfe der Streikbrecher fertigstellen; ob gut oder schlecht, wird sich erst später zeigen. Die öffentliche Meinung ist durch das Schlagwort „Volksernährung“ von vornherein gegen jeden Landarbeiterstreik eingenommen, und es wird selten untersucht, ob die Schuld am Streik auf Seiten der Arbeitnehmer oder auf Seiten der Arbeitgeber liegt. Im Lande Stargard liegt die Schuld am Streik unbedingt bei den Arbeitgebern. Wenn sie in der Zeit vom

1. November 1921 bis zum 19. April 1922 einigermaßen den Willen zur Verständigung gezeigt hätten, konnte der Streik leicht vermieden werden. Allein die Arbeitgeber wollten den Streik, um einmal die gewerkschaftliche Organisation der Landarbeiter zu zerschlagen, die Handarbeiter unter ihren Herrenwillen zu zwingen, andererseits weil sie die Absicht hatten, durch den Ruf „Die Saatbestellung ist Notstandsarbeit“, die sozialdemokratische Regierung im Lande Stargard zu kürzen. Diese beiden Grundursachen müssen vor allen Dingen von der breiten Öffentlichkeit beachtet werden, dann wird sie den Landarbeitern in ihrem Kampfe die Sympathie nicht verjagen können.

Wen schlimmer als der Schaden, der für die Volksernährung durch die Handlungsweise der Arbeitgeber heraufbeschworen wird, wirkt sich ihr Vorgehen für die streikenden Landarbeiter aus. Der Mecklenburger Landbund betrachtet den Streik nicht als eine Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses, sondern als seine Lösung. Nach seiner Meinung erfolgt der Dienstvertrag, und da für alle verheirateten Deputatarbeiter mit dem Dienstvertrag auch die Wohnung und das Deputatland verbunden sind und der übergroße Teil der Entlohnung aus Naturalien besteht, die nur der Arbeitgeber liefern kann, unterbindet man durch die Nichtlieferung der Naturalien, durch die Kündigung des Dienstvertrages und damit der Wohnung und des Deputatlandes dem Landarbeiter die Existenzmöglichkeit, ja, man zwingt ihn durch Räumungsklagen, die Wohnung zu räumen, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, daß ihm im Augenblick unmöglich ist, ein anderes Unterkommen zu finden.

Ein großer Teil der Landarbeiter im Lande Stargard ist im Besitz von Röhren, für die der Arbeitgeber Stallung, Futter und Weide zu liefern hat, als einen Teil der Entlohnung. Die Arbeitgeber entziehen den streikenden Futter und Weide; trotzdem die Organisation zur finanziellen Entschädigung dieser Leistungen des Arbeiters bereit ist, weisen sie die Kühe aus dem Gutsstall und da, wo die Arbeitnehmer die Kühe im eigenen Stall haben und durch Räumungsklagen zum Verlassen ihrer Wohnung gezwungen werden, vertreiben sie auch die Stallung für ihre Kuh. Für den Deputatarbeiter bedeutet die Kuh ein Vermögen, aber auch für die Volkswirtschaft sind hier große Werte enthalten. Die Arbeitgeber sehen sich rücksichtslos darüber hinweg, um die Arbeiter zu unterjochen. Wenn die Organisation auch alle Hebel in Bewegung setzt, um die Ernährung der Landarbeiter und ihres Viehstandes sicherzustellen, so ist gerade im Augenblick besonders das Heranschaffen von Futter für die Kühe schwierig, da der Weidengang beginnt. Da außer dem Besitz der Arbeitgeber befindlichen Weiden andere nicht vorhanden sind, sind die Landarbeiter gezwungen, entweder die Arbeit aufzunehmen oder ihren Viehstand zu verkaufen.

Diese rigorosen Maßnahmen der Arbeitgeber unterbinden dem Landarbeiter das Koalitionsrecht und es wäre Pflicht der Regierung sich zu unterziehen, nicht nur zu unterjochen, sondern auch, ob nicht Maßnahmen ergriffen werden müssen, die auch den Landarbeiter bei einem gerechten Kampf vor den Übergriffen der Arbeitgeber schützen. Die Organe der Staatsgewalt haben es sich bei dem Kampf der Landarbeiter im Lande Stargard in der Hauptsache zur Aufgabe gemacht, das Eigentum der Arbeitgeber und ihre Arbeitswilligen zu schützen. Die Landarbeiter aber sind der Willkür der Arbeitgeber schutzlos ausgeliefert. Wird durch diese Schutzlosigkeit und durch das rigorose Vorgehen der Arbeitgeber der Kampf gebrochen, dann wird ein tiefer Haß bei den Landarbeitern übrigbleiben. Es ist Sache des Reiches, dafür zu sorgen, daß nicht das Gemeinwohl durch die Herrschsucht der Agrarier Schaden leide.

**Volkswirtschaft.**

**Viehmarkt**

Hamburg, 19. Mai.

**Schweinemarkt**

Von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Schleswig-Holstein, Geschäftsstelle Altona, wird uns mitgeteilt: Es wurde abgibt für 60 Kg. Lebendgewicht: Beste Fettschweine über 250 Pfund 3800 bis 3400 Mk., mittelschwere Ware über 220 Pfund 3200 bis 3800 Mk., gute leichte Ware von 180 bis 220 Pfund 3100 bis 3200 Mk., geringere Ware 2700 bis 3000 Mk., beste Sauen 3100 bis 3200 Mk., geringere Sauen 2600 bis 3000 Mk. Marktaufuhr: 4028 Schweine. Der Handel verlief bei reichlichem Angebot ziemlich reg.

**Devisen-Kurse.**

Berlin, 20. Mai.

Amtliche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	19. Mai.	18. Mai.	
Amsterdam	100 fl.	11585.55	11485.69
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	2461.90	2431.95
Kristiania	100 Kr.	5528.05	5498.10
Kopenhagen	100 Kr.	6337.05	6307.10
Stockholm	100 Kr.	7620.45	7565.50
Helsingfors	100 finn. Mk.	617.20	613.00
Rom	100 Lire	1623.05	1588.05
London	1 £	1824.80	1815.55
New York	1 Doll.	296.12	293.68
Paris	100 Frs.	2691.60	2671.65
Zürich	100 Frs.	5682.85	5622.95
Madrid	100 Pesetas	4679.10	4604.20
Wien	100 K.	5.08	8.05
Prag	100 K.	572.25	567.25
Budapest	100 K.	37.—	37.25

**Schiffsverkehr im Lübecker Hafen.**

Dampfer Segler Schiffsname Kapitän Herkunftsort Fahrzeit. Tage Str.

Angelkommen am 19. Mai.					
D.	Opus	Clavier	Rönigsberg	10	
S.	Nordstern	Berlin	Senneberg	1	
S.	Eller	Darfen		2	
D.	Dora	Stingenberg	Dalen	14	
Angelkommen am 20. Mai.					
D.	Gerda	Rumstmann	Wachter	Lalith	3
D.	Mator				
D.		Wiking	Christiansen	Lohals	1
D.	Mobata	Durmeltter	Kiel		1

Verantwortlich: für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freizität Lübeck und Heiligkeit Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Inserate Heinrich Steinhilber; Redakteur: Heinrich Steinhilber; Druck von Friedrich Meyer & Co., Lübeck im Lübeck.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Lübeck. (2283)

Wir machen unsere Mitglieder darauf aufmerksam, daß sie, soweit sie in Arbeit stehen, bis auf weiteres den doppelten Beitrag zu zahlen haben:

- d. h. in der 1. Stufe Mk. 28.-
- 2. " " 16.-
- 3. " " 5.- (mit Ausnahme der Lehrlinge).

Die gestrige stark besuchte Mitgliederversammlung hat den Beschluß des Vorstandes einstimmig gut geheißt.

Die Extrabeiträge werden restlos zur Unterstützung der süddeutschen Kollegen abgeführt, sie dürfen in ihrem Kampfe nicht unterliegen.

## Noch die Solidarität!

(2288) Die Ortsverwaltung.

## Travemünde.

Sonntag, den 21. Mai:

**Eröffnung**  
des  
**Städtischen Kurparks.**

Unterhaltungsmusik  
nachmittags 4 Uhr.

Die Kurverwaltung.

## Es regnet!

Sonntag früh, ab 10 Uhr,

## Mühlendamm 7.

Vorführung des glänzend begutachteten

## Tau-Regenapparates „Eden“

Alle Park-, Zier-, Obst- und Gemüsegartenbesitzer sind zur Vorführung eingeladen. Vertritt: Emil Jansen, Lübeck, Untertrave 73. Fernruf 2283 (2276)

## !! Noch ist es Zeit !!

Wegen dringender Steigerung

zähle bis Dienstag abend

- für Kupfer Kilo 54.- u. 56.- Btl.
- blei u. Zinn 14.- u. 15.-
- Meißing 24.- u. 25.-
- Edelmetalle 3.-

Zusweis ist mitzubringen.

## R. Lissauer

Hartengrube 5. (2288)

## Frauen erwacht!

Haltet Euch vor „weisen Frauen“! Lest nach vergeblichem Suchen mit nutzlosen und verhassten „Mitteln“ das einzigartige Buch von Dr. Rossetti über die „Verhütung der Empfängnis“ (Trennungsgabe hier nicht gestattet.) Es befreit Euch von Sorgen! Preis Mk. 20.- Nachnahme, Porto extra. Buchverlag Eisner, Stuttgart, 140 Schloßstr. 57 B.

Am Dienstag, dem 23. Mai, eröffnen wir

## Untertrave Nr. 66

eine

## Nebenstelle

welche sich mit allen des Bankfach betreffenden Geschäften befassen wird.

Die Nebenstelle ist geöffnet werktäglich

von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags

von 3 Uhr nachm. bis 4 Uhr nachm.

Sonntags

von 9 Uhr vorm. bis 1 Uhr mittags.

## Lübecker Privatbank.

# Rein-Aluminium-Geschirre

besonders billig!

- Schmortöpfe mit Deckel
- |           |       |       |       |       |       |
|-----------|-------|-------|-------|-------|-------|
| Größe 14  | 16    | 18    | 21    | 22    | 24    |
| Mk. 49.00 | 52.50 | 59.50 | 65.00 | 72.50 | 79.50 |
- Aluminium-Platten  
mit Stiel, 26 cm 28.50 18 cm 27.50
- Aluminium-Milchtöpfe m. Ausguß  
Inh. ca. 4 Ltr. 78.00, 3 Ltr. 66.50, 2 Ltr. 49.50
- Aluminium-Kasserolen  
mit Stiel ..... 42.00 34.00 29.50
- Aluminium-Puddingformen  
mattiert ..... 8.75 6.75 5.75
- Aluminium-Seifennäpfe  
mit Haken ..... 5.50
- Aluminium-Vorleger ..... 29.50 24.50
- Aluminium-Schöpflöffel ..... 16.75 15.75
- Aluminium-Schaumkellen ..... 14.75
- Aluminium-Bratenlöffel extra groß 12.50
- Aluminium-Teesiebe ..... 7.25 6.50
- Aluminium-Esslöffel ..... 3.50 2.65
- Aluminium-Forken ..... 3.50
- Aluminium-Kinder-Bestecke 2teilig 11.75

## Kochtöpfe im Satz:

- 5 Schmortöpfe mit Deckel Größe 16-24 ..... 325.00
- 5 Schmortöpfe mit Deckel mittelschwer, Größe 16-24. .... 385.00
- 5 Gastöpfe mit Deckel mittelschwer, Größe 16-24. .... 425.00
- 5 Fleischtöpfe mit aufleg. Deckel mittelschwer, Größe 16-24. .... 425.00
- 5 Schmortöpfe mit Deckel schwere, unbordierte Ware Gr. 16-24 ..... 495.00

Unser Schaufenster mit Aluminiumwaren mannigfach. Art ist beachtenswert

## Holstenhaus

G. m. b. H. Lübeck.

Besuchen Sie unsern Erfrischungsraum

Künstliche Augen



Müller Wiesbaden

J. A. C. Dettmann, Königstraße 64. (2271)

## Glodengießerstraße 61.

Zähle erhöhte Tagespreise für  
Cuppen, Gläser, feine Metalle,  
Papier, Flaschen, Zelle, Haare usw.  
Fr. Erdmann, Fernruf 2751. (2286)

## Die teuren Lederpreise

stören Sie nicht, wenn Sie die als  
äußerst haltbar bekannten  
**Gollertschalen**  
verwenden, die in allen einschlägigen  
Geschäften zu haben sind.  
Alleinvertreter: **Kurz & Spongenberg**  
Kornmarkt-Geschäft  
Lübeck, Schmiedestraße 27. (2240)

Die höchsten Tagespreise für  
**Lumpen, Eisen, Metalle,  
Papier, Felle usw.**  
erhalten Sie bei (2228)

## Selig L. Cohn,

Schloßstraße 62, Lübeck, 2153.

Deutscher  
Transportarbeiter-  
Verband. (2291)  
Ortsverwaltung Lübeck.

Versammlung  
der Kohlenafford-  
arbeiter  
am Montag, den 22. Mai  
abends 7 1/2 Uhr  
im Gewerkschaftshaus.

Tagesordnung:  
Jüngere Verbände-  
angelegenheiten.  
Die Ortsverwaltung.  
A. H. Uhrmacher  
Friedrichstr. 11.  
11 Uhr u. Goldwarenhdg.  
u. Reparaturreparatur (2222)

**Gesangverein „Lyra“**  
Chormeister Herr Otto Hauschild.  
**Großer Frühlingsball**  
am Sonntag, dem 21. Mai 1922,  
im **Kolosseum**.  
Anfang 6 Uhr. (2265) Der Vorstand.

**Deutsch-Amerikaner**  
2255) verkehren alle im  
**„Spaßvogel“**  
**Dankwartsgrube 13.**

**Konzert- u. Ballhaus Flora.**  
Morgen Sonntag:  
**Großer Ball**  
Anfang 5 Uhr. (2292)  
Eintritt Herren 4.- Mk. } ohne Steuer.  
Damen 3.- " }

**Kranken-Unterstützungsverein der Schmiede**  
**Frühlings-Ball**  
am Sonntag, dem 21. Mai 1922,  
im **Konzerthaus Lübeck**.  
Anfang 5 Uhr. Ende 2 Uhr.  
2248) Der Festausschuß.

Haben Sie es schon gesehen?  
Das reichhaltige Varietéprogramm  
der  
**Neuen Volkshöhne**  
**Bedkergrube 44.**  
Eintrittspreise Mk. 5, 4, 3, einschl. Steuer.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Es ladet zum Besuch freundlich ein  
Die Direktion. (2254)

**Arbeiter-  
Radfahrer-Bund  
„Solidarität“**  
Ortsgr. Schönkirchen u. Umg.  
**Einladung zum 15. Stiftungsfest**  
verbunden mit Korfahrt und Ball  
am Himmelfahrtstage, dem 25. Mai 1922  
im Lokale „Zum Landhaus“.  
Anfang 4 Uhr. Das Komitee.  
NB. Um zahlreiche Beteiligung der umliegenden  
Ortsgruppen wird gebeten. (2277)

**Zentralhallen.**  
Morgen Sonntag: (2286)  
**Gr. Tanzkränzchen. Eintr. frei**

**Luisenlust** Jeden Sonntag **BALL**  
Eintritt u. Tanz frei. (2281)

**Adlershorst. Ball**  
Jeden Sonntag  
u. Donnerstag (2282)

**Weißer Engel.**  
Jeden Sonntag und Freitag: (2242)  
**Großer Ball.**

**Fahnen und Banner**  
vereinsbedarfsartik.  
Kostenanschläge  
ohne Verpflichtung.  
**A. Krawehl,**  
Stettin 18. (2221)

**Asthma**  
kann in ein 15 Min. schnell  
wenn Sie sich in Lübeck  
Lindstr. 32 (Hotel Friedrichshaus),  
jeden Freitag von 10 bis 11 Uhr.  
**Dr. med. Aderis,**  
Schloßstr. 1. (2216)

**Erster  
Fischerbuden.**  
Jeden Sonntag:  
**Familien-Kränzchen.**  
Sonntag, den 21. Mai:  
**Gr. Tanzkränzchen**  
im **Gasthof z. Riesebusch**  
Anfang 7 Uhr.  
Es ladet ein (2275)  
**Helmut Maske.**

**Dampfer „Möve“**  
Kapt. Krohn,  
fährt an jedem Sonntage  
von **Lübeck 8.00**  
Barm. nach **Trave-  
münde** und weiter  
nach **Gümlitz** ob. **Reffen-  
hufen-Dahne**.  
Rückfahrt von **Trave-  
münde 8.15** nachm.

**Berner fährl D. „Möve“**  
jed. Montag 8.00 vorm.  
von **Lübeck** nach **Trave-  
münde**, jeden Freitag u.  
Sonntags 8.15 nachm.  
von **Travemünde** nach  
**Lübeck**. (2258)  
Belegpl.: Beim Hafenamt

**Moisinger Baum.**  
Morgen Sonntag,  
Anfang 4 Uhr  
**Vornehm. Tanzkränzchen**  
unt. Mitwirkung d. ju-  
gendl. temperamentv.  
Stimmungssängerin  
**Gretel v. Walden**,  
sowie des Humoristen  
**Hermann Waron**.  
Mod. Tänze, Künstler-  
Kapelle. Pr. Kaffee u.  
Kuchen. Angenehm.  
Familienaufenthalt.  
2294) **Rud. Jäde.**  
Sonntags, 27. Mai  
**Grosser Ball**  
des Deutschen Schäferhunde-  
Vereins, Ortsgruppe Lübeck,  
wozu meine Gäste  
willkommen sind.

**Eindenhof  
Israelsdorf.**  
Morgen Sonntag:  
In den Veranden  
**Konzert b. freiem Eintritt**  
von 4-7 Uhr nachm.  
Im Saal: (2225)  
**Vornehme Ballmusik.**  
Anfang 4 Uhr nachm.  
Tel. 1910. **Victor Klempen.**

**Friedrich-  
Franz-  
Halle.**  
Jeden Sonntag: (2226)  
**Tanz.**  
Anf. 4 Uhr. Eintritt frei.

**Hansa-Theater.**  
Sonntag, 28. Mai  
nachmittags 8.00:  
**Buerbas u. Karoläd**  
Heimatp. in 3 Akten  
v. Dr. Martin Maack.  
Eintrittspreis 16.50,  
11 u. 8.80, Stüler in-  
repat. Kart'n in Bör-  
verkoop in'n Zigar-  
renhaus A. Röhlich, Hol-  
stenstr. 2, H. Koch, Mar-  
kelegroov 6 u. vor-  
mittags v. 8.00 bis 11.00  
in'n Hansa-Theater. (2284)  
Der Vorstand  
**Verein Fritz Reuter Lübeck.**

**Hansatheater.**  
Täglich präzis 8 Uhr  
abends:  
Der große Lachserfolg  
Der keusche Lebemann  
mit **Anton Franck**  
als Gast. (2215)

**Stadttheater Lübeck**  
Sonntags, 20. Mai, 7.30  
**Aida.** (2252)  
Einmaliges Gastspiel  
v. Kammerjäger Ro-  
bert Butt als Radames  
und **Gisela Gorda** als  
Aida, legt. auf Anstell.  
19. Wjt. i. Sonntags.

Sonntag, 21. Mai, 11 u.:  
**Offenl. Hauptprobe**  
z. S. Sinfoniekonzert.  
Solist: **Ed. Erdmann**,  
Pianist.  
2.30: 18. Vorst. für d.  
Arbeiter-Bildungsvor-  
schneider **Wibbel**.  
7.30: Die Braut des  
**Lucius**. Neuhoff!  
Gastspiel **Ell. Leux**,  
Theater des Westens,  
Berlin und **Mitz von**  
**Ganova**, Gärtnerplatz-  
theater, München.  
Montag, 22. Mai, 7.30.  
S. Sinfoniekonzert.  
Dienstag, 23. Mai, 7.30:  
Nach **Damas**,  
1. Teil.  
29. Ab-Borst. **Reiff. C.**

## Freistaat Lübeck.

Sonnabend, 20. Mai.

### Die Zuckernot.

Seit einiger ist der Zucker fast gänzlich vom Markt verschwunden. Es ist der besorgten Hausfrau kaum möglich, in den hiesigen Geschäften Zucker aufzutreiben. Der Unwille und die Entrüstung über diesen Zustand ist natürlich groß. Woraus ist nun diese plötzliche Zuckernot zurückzuführen? Die „Lü. Anzeigen“ brachten vor einigen Tagen eine Notiz, daß die Ursache der Zuckernot auf Streiks der Arbeiter beruhe. Es ist ja gerade allgemein bekannt, daß das Amtsblatt die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften für alle Nöte der Zeit gern verantwortlich macht. Das gehört mit zur deutschnationalen Politil.

Wo der Zucker wirklich bleibt und wie er „verbilligt“ wird, darüber gibt eine Auslassung der Arbeitsgemeinschaft des Einzelhandels für Magdeburg in der „Magdeb. Zeitung“ Aufschluß. Es wird dort im Gegenstoß zu der „Zuckernot“ festgestellt, daß die Raffinerie selbst dann, wenn der Zucker abgeholt werden sollte, die Abgabe verweigern. Und der Fabrikarbeiterverband schreibt aus Anlaß des längst beendigten Streiks in den Zuckerraffinerien in der „Magdeb. Volksstimme“ folgendes:

„Die Zuckerraffinerie Magdeburg A.-G. hat beispielsweise ca. 140000 Ztr. und die Firma Jacob Hennige 100000 Ztr. Verbrauchszucker aufgespeichert. Warum? Neue Zuckerpreiserhöhungen stehen bevor. Deshalb heißt es: Zeit gewonnen, Profit gewonnen! Mag die Bevölkerung jetzt darben, desto lukrativer gestaltet sich nachher das Geschäft.“

Auf diese Weise schenken sich die Kapitalisten neue märchenhafte Gewinne zu und sorgen dafür, daß der Zucker „billig“ bleibt.

Nach den statistischen Feststellungen ist Zucker in genügenden Mengen vorhanden. Die Zuckereinnahme war im Jahre 1921 um 20 Prozent größer, als in dem vorausgegangenem Wirtschaftsjahr. Die Großhändler und Kaufleute klagen, daß sie trotz aller Bemühungen keinen Zucker von den Fabriken erlangen können.

Wo der Zucker aber in Wirklichkeit bleibt, zeigt die Aprilnummer der „Zeitschrift für Zuckerrübenbau“ im Anzeigenteil. Dort findet sich folgendes Inserat: „1 Million Mark gegen Sicherheit stellt größere Zuckerwaren- und Schokoladenfabrik einer Zuckerraffinerie für ein Jahr zinslos zur Verfügung, wenn die Raffinerie sich bereit erklärt, monatlich drei Ladungen Zucker für Industriezwecke zu liefern.“ — Also auf glatt 40000 Mark Zinsen verzichtet man, wenn man nur monatlich drei Ladungen Zucker bekommen kann. Die Zuckerwarenindustrie verbraucht also den für die Hausfrauen zum Einmachen und zu sonstigen Zwecken so notwendigen Zucker.

Daß keine genügende Belieferung erfolgt, ist also nicht auf Streiks, sondern auf Mißstände, wie sie vorstehend geschildert sind, zurückzuführen. Jene parasitären Erzeugnisse, die während der Zwangsverwaltung des Zuckers geschoben, gewuchert und geschleichelt haben, sehen nach Aufhebung der Zwangsbewirt-

shaftung ihr unsauberes Gewerbe fort und nach übereinstimmender Ansicht namhafter Sachverständiger werden nicht unerhebliche Vorräte zurückgehalten in der richtigen Spekulation, daß dem Zuge der Zeit folgend, auch der Zucker seine Preissteigerungen fortsetzen wird. Wo es noch Zucker gibt, da hat eine regelrechte Jagd nach demselben eingesetzt, dessen Preis in der letzten Zeit einen ansehnlichen Aufschwung genommen hat.

In einigen Städten ist man bereits gegen die Mißwirtschaft vorgegangen. So hat das Polizeipräsidium Frankfurt sämtliche größeren Lagerbestände an Zucker im Stadtgebiet Groß-Frankfurt einer Prüfung unterzogen, um festzustellen, ob der Zucker Auslands- oder Inlandsware ist. Zunächst wurden sämtliche Zuckervorräte beschlagnahmt. An der Hand der Einkaufspapiere wird Herkunft und Preis des Zuckers nachgeprüft. In einigen Fällen wurde der Zucker beschlagnahmt und die Papiere der Staatsanwaltschaft übergeben zur weiteren Veranlassung. — In Hamburg sind ähnliche Maßnahmen angekündigt. Hoffentlich nützen sie etwas. Es darf nicht geduldet werden, daß gewissenlose Spekulanten sich auf Kosten der Zuckerconsumenten die Taschen füllen.

### Die soziale Frage.

Unter diesem vielversprechenden Titel wird in neuester Zeit in einer ziemlichen Anzahl Exemplaren eine Subellchrift niedrigerer Sorte an Arbeiter verteilt. Unentgeltlich, ohne zu wissen, von wem die Zustellung erfolgt, liegt dieses Blatt in den Briefkästen oder auf den Turen der Arbeiterwohnungen. Mir wurde sogar berichtet, daß verschiedene Arbeitgeber, die sonst sich den Teufel um die soziale Frage, soweit sie die Arbeiter betrifft, kümmern, ihre Hände bei der Zustellung dieses Revolverblattes im Spiele haben. Mag dem sein, wie will, ein Bild eines Arbeiters in dieses Blatt wird ihn davon überzeugen, daß die Zustellung nur von einer Seite erfolgen kann, die für die niedrigen Drecksprüher und elendsten Verleumdungen der Arbeiterschaft und ihrer Organisationen Millionen Gelder bekanntermäßen ausgibt.

Die seligen Zeiten des Reichslügendverbandes kommen mir so in die Erinnerung und dann muß ich daran denken, welche elende Kreaturen in dieser Organisation zur Verleumdung der Sozialdemokratie tätig waren. Solche zweifelhaften Erscheinungen können auch die Macher dieser Zeitschrift nur sein.

In ganz infamer Art und Weise wird der Nachtstundenarbeiter untergegriffen, Propaganda für das Taylor-System gemacht, die politischen Arbeiterorganisationen mit Dred beworfen, den Beamten die ungebührliche Ausnutzung der durch die Revolution erkämpften Freiheiten vorgewarfen, angeblende terroristische Akte sozialdemokratischer Arbeiter und vieles andere angeführt.

Warum erwähne ich dieses Mißblatt? Weil ich die Arbeitnehmerschaft eindringlich vor solchen Schriften zu warnen für meine Pflicht halte. Aus mit solchen Blättern aus eurer Wohnung. Diese Sorte ist noch nicht einmal die gefährlichste. Jedes Arbeiterkind ist schon in der Lage, eine solche Giftpflanze, wie diese „soziale Frage“ zu erkennen. Viel, viel gefährlicher ist die Generalanzeigerpresse, die dieselbe Arbeit, nur geschickter und weniger orteilbar, leistet. Seid auf der Hut. Ihr seht, wie die Gegner Millionen zu eurer Bekämpfung bereit haben. Lernet daraus und sagt, daß die Arbeiterpresse, der „Lübecker Volksbote“, in jede Arbeiterwohnung Einzug hält. A. Fr. Dreger.

### Die Ohrfeige.

Ich habe in meiner Jugend viel verdiente Ohrfeigen bekommen, habe um jede, die ich verdient habe, die aber vorbei ging. Am Mittwoch aber, auf dem Bauarbeiterverbandstag habe ich eine unverdient bekommen. Und das kam so:

Ich wollte gegen 5 Uhr in den Saal, am Eingang standen mindestens 300 Leute. Ohne Ahnung, was los ist, dränge ich vor, befinde mich bald mitten in einem Knäuel von Menschen, die auf die Delegierten, besonders auf Pöplow, schimpfen. Ein kleiner, mit einer Art Zeppeleinmütze behaupteter Mensch neben mir krakeelte kräftig mit.

„Kennst Du den Pöplow?“ fragte ich ihn arglos.

„Ne, aber seine Drecks kriegt er doch,“ gab mir der schnoddrige Kerl zur Antwort. Da sah er auf meine gelbe Ledertasche, ich sagte: „Du solltest vor dem in Arbeit für Dich grau gewordenen Manne erst mal den Hut abziehen.“

Er wirft mir einen Blick zu, der elektrisch geladen war, und langt mir dann eine Ohrfeige hin, die zwar nicht viel auf sich hatte, die aber doch mehr seelisch als körperlich meß tat. Dagegen sich zur Wehr legen war unmöglich, ich schüttelte mich wie ein nasser Pudel und sagte:

„Wenn Du wieder ruhig geworden bist, dann denkst Du einmal über diese Ohrfeige nach.“

„Da is gar nicht nachzudenken“ behauptete er. Aber — er schien doch ruhig zu sein — jedenfalls blieb er zurück; ein anderer Demonstrant erklärte mir: „Das hat gefessen.“

Ich weiß nicht, meinte er die Ohrfeige, meine Antwort darauf oder sonst etwas.

Ich glaube nicht, daß der Ohrfeigerich ein Bauarbeiter war, ich glaube nicht, daß es ein Kommunist gewesen ist, ich glaube vielmehr, es war einer, der ebenso gut hingebauen wärte, wenn jemand bei einer Demonstration für den Kriegerverein anderer Meinung gewesen wäre als er. Das ist es nicht, was schmerzt. Vielmehr daß es heute im viersten Jahre der Revolution, Volksbrüder gibt, die sich so gegen eigene Klassengenossen benehmen und daß die Kommunisten diese Hilfe brauchen, um sich, wie sie sagen, „Recht zu verschaffen“. Hoffentlich gibt unseren Gefinnungsfreunden solche Art „Klassenkampf“ doch zu denken. Th.

Zeitgemäße Warnung. Die Eisenbahndirektion Altona schreibt: Trotz aller Warnungen und bahnpolizeilichen Verordnungen ist die Zahl der Unfälle durch Auffpringen auf abfahrende Züge und Abspringen bevor der Zug zum Stillstand gekommen ist, noch immer sehr hoch. Ebenso kommt es noch häufig vor, daß beim Einlaufen von Zügen durch vorzeitigtes Öffnen der Wagentüren Personen, die sich auf dem Bahnsteig befinden, erheblich verletzt werden. Die Eisenbahneamten sind kürzlich erneut angewiesen worden, streng gegen solche Ungehörigkeiten einzuschreiten. Zuwiderhandelnde Reisende bringen nicht allein sich selbst und andere in ernste Gefahr, sie haben auch empfindliche Bahnpolizeistrafen und u. a. Strafverfolgung wegen fahrlässiger Körperverletzung zu gewärtigen. Im Hinblick auf den bevorstehenden stärkeren Reiseverkehr warnt deshalb die Eisenbahndirektion aufs neue vor dem unzeitigen Auf- und Abspringen, wie vor dem zu frühen Öffnen der Wagentür.

Zur Bekämpfung der Schwindelfirmen. Den Pressenachrichten der Zentralfstelle zur Bekämpfung der Schwindelfirmen in Lübeck entnehmen wir folgendes: Dem Hypotheken- und Darlehensvermittler Walter Troppens in Braunschweig ist wegen Unzuverlässigkeit der Gewerbebetrieb unterlag worden. — Die Darlehensvermittler Erich Behrens in Steintin und Robert Dummer in Steintin sind wegen Darlehensschwindels durch Urteil vom 2. 3. 22. Behrens zu 8 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust, Dummer zu 2 Jahren Gefängnis und 5 Jahren Ehrverlust ver-

## Die Frauen aus dem Alten Staden Nr. 17.

Von Henni Behmann.

### Schluß.

Und dann ist da die arme Rose. Sie hat keine gute Mutter. Nimm sie zu dir. Sie wird dir viel, du wirst ihr viel sein, und sie hat mich auch lieb. Ihr könnt von mir sprechen, wenn ihr miteinander seid.“

Die Frau ließ den Brief sinken.

Ihre Augen waren heiß und trocken.

Dann las sie weiter, was ihr Kind geschrieben, las es weiter bis zu den Worten:

Ich küsse dich im Geiste ein letztes Mal.

Lebe wohl, meine Mutter!

Walter.

Sie sah mit wirren Blicken um sich.

War ihr Junge, ihr geliebter blühender Junge, ihr Licht, ihr Glanz und Glück, nun tot und ausgelöscht?

Oder war es nur ein unglücklicher Zufall, der ihr diesen Brief in die Hände gespielt, und Walter lebte noch und lag verwundet irgendwo?

Sie hatte von solchen Zufällen gehört.

Und wenn er noch lebte, wie sollte sie es ihm sagen, wie, wie?

Die Tür öffnete sich, und der alte Briefträger trat ein zweites Mal in das Zimmer.

„Da ist noch ein Gelddbrief, Frau Greeze, den ich übersehen habe. Es ist eine andere Handschrift.“

Er ging.

Es war ein Brief von Walters Regiment, ein Brief, in dem man ihr schrieb, daß er tot sei, gefallen „auf dem Felde der Ehre“. Er habe einen Kopfschlag erhalten und ohne zu leiden sofort einen schnellen Tod gefunden, „den schönsten Tod, den ein Soldat finden kann.“ Allen sei er lieb gewesen, und sein Andenken werde unvergessen sein.

Kun mußte sie es, daß den ersten Brief kein Zufall ihr zugespikt hatte, Walter war tot.

Kun war da eine große Leere in ihrem Leben, die nie wieder gefüllt werden konnte.

Und sie dachte daran, daß sie noch kurz vorher gebetet hatte, Gott möge ihr helfen, sie wisse nicht, wie sie es Walter sagen solle.

War dies die Erhörungs ihres Gebetes?

Sie hatte sich einen festen Kinder glauben bewahrt, und sie meigte das weiße Haupt, und ihre Lippen flammelten: „Was Gott tut das ist wohlgetan.“ — dann begannen ihre Tränen zu fließen.

Es gingen Stunden hin. Menschen saß im Stübchen. Rose war aus dem Krankenhaus gekommen. Frau Greeze war nicht länger allein. Sie hatte das mutterlose Kind bei sich und wollte es bei sich behalten, dies Kind, für das es schämmer war,

solche Mutter zu haben, als wenn es keine gehabt hätte. Und Rose weinte mit ihr.

Es waren zwei Aufgaben, die da vor der alten Frau lagen, und den Rest ihres Lebens füllen sollten. Die beiden, Menschen und Rose, sollten gut und glücklich werden, soviel sie dazu zu tun vermochte, da sie für Benita dies Gutsein, dies Glückseligkeit nicht mehr schaffen konnte, wie es ihr toter Junge in seinem Scheidebrief gewünscht hatte.

Sie dachte milde und mitteilich an das Mädchen, und sie sandte die weinende Rose hinter nach Nummer 17 zu Benita, damit sie ihr Walters Brief zeige und ihr sage, was geschehen sei. Rose sollte auch sagen, daß Walters Mutter hoffe, Benita werde zu ihr kommen.

Aber Benita kam nicht.

Sie las Walters Brief, und dann begann sie sattsungslos zu weinen, wild und verzweifelt.

Sie weinte stundenlang.

Niemand durfte sie anrühren, niemand zu ihr sprechen.

Sie aing in ihr Kämmerchen und schloß hinter sich die Tür. Dann warf sie sich schluchzend auf ihr Bett.

An diesem Abend weinte sie sich in Schlaf.

Am nächsten aber ging sie wieder ins Kino.

### Nachwort.

Es leitete mich keine besondere Absicht, als ich die Geschichte dieser Frauen erzählte. Ich schrieb sie nieder, bekommen und schwer, wie sie mir auf dem Herzen lag. — so wie ich sie vor meinen Augen sich hatte abrollen sehen. Denn diese Geschichte ist wirklich, und alle die Frauen, von denen ich erzähle, habe ich gekannt, und manche von ihnen kenne ich noch. Ich kenne die gutfertige Frau Meyer und die blinde Frau Müller, ich kenne Frau Greeze und kannte ihren Einzug, der drauhen auf den Schlachtfeldern Frankreichs in Sommerjahren und Winterkälte den letzten Schlaf schlief, ich kannte auch die arme, emsige Frau Braunschweig und kannte ihre Kinder, die noch immer im Armenhaus sind, ich kannte die arme Maria Heise, und ich kannte die junge, schöne, frohe Benita Hazenholz. Ich kenne sie noch, sie aber kennt mich wohl nicht mehr, denn wenn sie in den Abendstunden in der belebten Hauptstraße der Stadt an mir vorbeistreichet, dann merket sie die Augen ab, und ihr Lächeln, erfüllt mich nicht wie einst. Ich kenne auch Frau Eils. Fast jeden Morgen trifft sie mich, das dunkle volle Haar trägt sie immer sorgfältig geordnet und kräftig, sie blickt mich mit den Augen an und nickt mir ein wenig herausfordernd und vertraulich zu. Ich niße wieder, denn auch sie tut mir leid, auch sie ist ein „armes Mäddchen“, wie Frau Meyer im Anfang der Geschichte von all den Frauen im Alten Staden Nummer 17 sagte.

Rein, es leitete mich keine Absicht, als ich diese Geschichte schrieb, aber jetzt, da ich sie überdenke, ist es mir, als ließe eine alte, harte Linie durch alle diese Frauenleben hindurch, etwas Gemeinames, das ihr Geschied bestimmt und manche von ihnen nach unten jagt. Sie waren arm und hilflos in einer wilden und grausamen, schmerzhaften Zeit, sie waren Proletarierfrauen, und darum ward ihr Leben, wie es werden mußte. — weil sie Proletarierfrauen waren und weil es Krieg war.

Glaubt ihr es nicht? Ueberlegt einmal!

Wenn Benita die Tochter eines reichen Vaters gewesen wäre, der Frau und Kind wohl versorgt hinterlassen hätte, wenn sie in einer schönen, geräumigen, behaglichen Wohnung in einem vornehmen Hause gelebt hätte, wenn sie Theater und Konzerte hätte besuchen und sich schöne Kleider hätte kaufen können, glaubt ihr, daß sie dann mit Frau Eils ins Kino gegangen wäre und nachher bei den jungen lustigen Männern verweilt hätte, nur um sich ein bißchen armselige Freude für ihr junges Leben zu stellen? Hatte sie nicht ein Recht auf Freude? Jede Jugend hat dies Recht. Aber daß Benita Hazenholz nur eine Freude finden konnte, die sie in die Tiefe jagt, es war, weil sie zur Proletarierin geworden war, und weil die freudlose Zeit, in der ihre Jugend erblickte, keine guten Freuden für eine Proletarierin hatte, der auch sonst oft die Freuden allzu knapp bemessen sind.

Und glaubt ihr, daß Frau Eils nicht, wenn sie eine reiche Frau gewesen wäre, eine andere Form gefunden hätte, ihre unendliche Lebenslust zu befriedigen, ihre schäumende Kraft auszuatmen? Wäre sie reich gewesen, wäre ihr Mann nicht in den Krieg gegangen und sie nicht allein gelassen, sie wäre wohl leichtfertig gewesen, aber sie wäre nicht schlecht geworden; denn sie war von Natur gutberzig, und sie hätte nicht andere mit sich nach unten gezogen.

Und wenn die arme Frau Braunschweig keine Proletarierfrau gewesen wäre, dann hätte sie nicht so hart zu arbeiten brauchen, und sie wäre nicht krank geworden und gestorben. Sie hätte sich nähren und pflegen können, und ihre Kinder wären nicht ins Armenhaus gekommen. Und wenn ihr Mann daheim geblieben wäre, wenn ihn nicht der Krieg verchlungen hätte, dann hätte er seine arme Frau gehütet und seine Kinder zu guten und glücklichen Menschen erzogen.

Ja, der Krieg war es, der alle diese Menschenidiale durcheinander wirbelte und die Schwachen vernichtete. Er wehte Berita Red in den Heißesten Hauskalt, weil sie wenig Arbeit und keine gute Unterkunft fand, er machte die Männer wild und hebeilich, er machte die Frauen — viele von ihnen — leichtfüßig und widerstandlos. Er machte die Gewissen stumpf, denn der Staat selbst, der Hüter des Rechts, befehl zu tun, was sonst Unrecht war. Recht war nicht mehr Recht, Unrecht nicht mehr Unrecht, der Mensch dem Menschen nicht mehr Freund. Was die da drauhen lernten, das blieb auch der Heimat nicht fremd, und so ging es ins Elend mit diesen Leben wie mit Tausenden anderer Leben.

Sie waren Proletarierfrauen, und es war Krieg. Die Selbstverleumdungen und Kränkungen waren eine Berworfene, die andere eine tüchtige Selbstmörderin, aber sie und die andern alle waren nicht schlecht, sie waren nur unglücklich und krank.

Ah, urteilt nicht hart über sie! Merkt wohl, wo ihr schändet und eure Frauen und Töchter, wenn ihr Proletarier wäret, und es wäre Krieg!

Helft alle, Proletarier und ihr andern, daß die Welt besser, daß sie friedlicher und gerechter werde! —

Dies ist meine Bitte; darum schide ich euch die Geschichte der Proletarierfrauen aus dem alten Staden Nummer 17.

Henni Behmann.

Urteil worden. — In Pforzheim sind Karl Marzahn und Johann Streif als Agenten für die Darlehensschuldfirma J. Stehr & Co. in Hamburg tätig gewesen und haben in 5 Monaten 13 091 Mark an Vorschuß eingenommen. — Der Darlehensvermittler Paul Sander zu Berlin, Schönberger Ufer 28, gegen den ein Verfahren wegen Darlehensvorschußschuld beim Oberstaatsanwalt II Berlin Schweib, hat jetzt die Darlehensgeschäfte aufgegeben und sich einen neuen Wirkungskreis gesucht. Er handelt mit allen möglichen Dingen, Seife, Kerzen, Schreibmaschinen und anderem.

Das Ende des Notgeldes. Die Münzprägung des Reiches hat in der letzten Zeit so gesteigert werden können, daß eine Versorgung des Verkehrs mit dem nötigen Kleingeld sichergestellt worden ist. Das von vielen Kommunen herausgegebene Notgeld wird also demnächst überflüssig. Im Reichsfinanzministerium ist deshalb ein Gesetzentwurf fertig gestellt worden, der demnächst den parlamentarischen Instanzen vorgelegt wird. Der Entwurf ordnet an, daß alle Marken, Münzen, Scheine und sonstigen Urkunden, die auf einen Geldbetrag lauten und als Ersatz für Geld im Zahlungsverkehr verwendet werden, bis zum 30. Juni d. J. durch die Aussteller einzulösen sind. Es soll dabei gleichgültig bleiben, ob der Termin, für den die Einlösung ursprünglich vorgesehen war, über den 30. Juni hinausläuft. Begl. ein Besitzer von Notgeld dieses zur Einlösung nicht bis zum 30. Juni vor, so verfährt der Anspruch auf Vergütung binnen sechs Monaten von diesem Termin an. Um auch die spätere Herausgabe von Notgeld zu verhindern, verbietet der Entwurf, daß in Zukunft weiteres Notgeld ausgegeben wird. Das gilt auch für Notgeld, das lediglich zu Sammelzwecken bestimmt ist.

Metallarbeiter-Versammlung. Die Freitagabend stattgefundene sehr stark besuchte Metallarbeiter-Versammlung des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes hatte sich unter anderem auch mit dem Streik in Süddeutschland zu beschäftigen. Allgemein wurde anerkannt, daß die Metallarbeiter in Süddeutschland ganz außerordentlich große Opfer bringen müssen in ihrem schweren Kampfe, der in erster Linie für die Erhaltung des Wirtschaftstages geführt wird. Einstimmig stellte sich die Versammlung auf den Standpunkt, daß die vom Vorstand ausgesprochenen Extrabeiträge, die zur Unterstützung der Kollegen in Süddeutschland dienen, unbedingt von jedem in Arbeit stehenden Kollegen gezahlt werden müssen. Wer in der jetzigen außerordentlich ernsten Situation deswegen der Organisation den Rücken kehre, weil er die Beiträge nicht zahlen wolle, sei ein Verräter an der Arbeiterklasse. Die Versammlung war sich darüber einig, daß der Kampf in Süddeutschland allein durch finanzielle Unterstützung schwer zu gewinnen sei. Es wurde daher ein Antrag angenommen, der besagt, daß die hiesige Ortsverwaltung beauftragt wird, dafür einzutreten, daß die Kantar-Kommission der drei sozialistischen Internationalen sofort zusammenberufen wird, um der kapitalistischen Einkettensfront die Einkettensfront der Arbeiter-Internationalen entgegen zu stellen. Allgemein wurde anerkannt, daß die jetzige schwierige Lage, in der sich die Arbeiterklasse befindet, in erster Linie darauf zurückzuführen ist, daß sie unter sich nicht einig ist. Es müsse daher die Aufgabe eines jeden Arbeiter sein, dafür einzutreten, daß die Gegensätze innerhalb der einzelnen sozialistischen Arbeiter-Parteien überbrückt werden. Nur dann sei es möglich, die schweren Kämpfe, die uns zweifellos bevorstehen, erfolgreich durchzuführen. Des weiteren wurde auf Antrag der Ortsverwaltung beschlossen, aus den Mitteln der Lokalfelle weitere 30 000 Mark für die streikenden Kollegen in Süddeutschland bereit zu stellen. — Ein Antrag der Kollegen in Oldesloe, für ein zu eröffnendes Haus, welches als Versammlungslokal und Jugendheim dienen soll, 2000 Mark als Hausanteil zu zeichnen, wurde ebenfalls einstimmig gut geheißen.

Starke Rückgang der sozialistischen Anstellungsgeschäft. Unter dieser Überschrift beschäftigt sich die hiesige hiesige Presse mit dem „Zentralverband der Angestellten“. Das ganze Nachwort verleiht seinen Herrn durchaus nicht: „Deutschnationale Handlungsgelüste von lichtergermanischer Abstammung entwickeln hier ihre sozialistokratische Gewinnung in vollendeter Form, jedoch jeder nicht von deutsch-nationalen Kollateralfällen losgerissen, hier ist der Wunsch der Vater des Gedankens. Kronzeugen für die Richtigkeit der deutsch-nationalen Meinung sind wie so oft ihre Antipoden von links. Die Feinde des „Kommunistischen Gewerkschaftler“ haben es den „Nichtblonden Jünglingen“ der andern Seite diesmal angetan und ihre Sinne vermindert oder sollte etwas anderes die Ursache sein. Man merkt den Zwang und die Scham. Die schon so oft absezierende Kommunistenweise wird wieder nach dem Rezept gerissener Klammerhüter

in Bewegung gesetzt, um allzu schwache Seelen zu ängstigen. Derartige Bedürfnisse haben sich bei den „Blässchen“ immer eingestellt, wenn der Mitgliederchwund in ihren Reihen besonders groß wurde und so wollen wir dieses Ereignis auch diesmal bemerken. Im übrigen werden wir auf diese Sache noch zurückkommen.

Eine Milderung in der Erhebung von Strafvorkon ist jetzt von der Reichspost durchgeführt. Nach der Postordnung darf ein Strafporto in der doppelten Höhe des fehlenden Betrages erhoben werden, dies kann oft mehrere Mark ausmachen. Diese Anordnung hat der Post viel Arbeit verursacht, da meist Anknüpfungserwiderungen vorkamen. Die Postämter sind deshalb dazu übergegangen, ungenügend frankierte Briefe dem Absender behufs Nachfrankierung zurückzustellen, soweit der Absender ohne Öffnung des Briefes zu ermitteln ist. Es empfiehlt sich also in Zukunft, alle Briefsendungen mit der Absender-Adresse zu versehen.

Stenographen-Verein Stolze-Schrey (1858). Wie in diesen Städten des Reiches, so hat auch in Lübeck am letzten Sonntag das allgemeine große Wetttschreiben, welches frei für alle Stolze-Schreyaner war, stattgefunden. Erfolgreichste Teilnehmer sind auch viele nicht dem Verein angehörige befähigte Stenographen mit gutem Erfolge an dem Wetttschreiben beteiligt. Die Geschwindigkeit waren auf 140—260 Silben Geschwindigkeit in der Minute festgestellt, die höheren Geschwindigkeiten werden im August auf dem Stenographentage in Eisenach diktiert. Diese Geschwindigkeiten stellen das Durchschnittsmaß für die hiesigen Stenographen im Geschäft und bei den Behörden und für Zeitungs- und Telefonsteno-graphen dar. Wie aus anderen Städten gemeldet wird, ist überall die Beteiligung und das Ergebnis gut gewesen, hier im Bezirk Lübeck-Mecklenburg-West wurden allein 45 Arbeiten abgegeben, besonders gute Arbeiten in den höheren Geschwindigkeiten von 200—260 Silben. Der Stenographen-Verein von 1858, dem die Leitung des Wetttschreibens übertragen war, hatte alle Vorbereitungen getroffen und seine Mitglieder durch gewissenhaften Unterricht und gute Übungen ein gutes Stück vorwärts gebracht.

Ein schlechter Kartoffelaufkäufer. Das Schöffengericht verhandelte am Donnerstag gegen den Buchhalter G., der am 15. November o. J. vom hiesigen Versorgungsamt nach Cuxhaven geschickt wurde, um dort für die hiesige Bevölkerung Kartoffeln einzukaufen. Es handelte sich um ein Quantum von 10 bis 15 000 Zentnern. Der Preis sollte ca. 83 Mark je 1 Zentner betragen. Der Angeklagte hatte den Auftrag, an Ort und Stelle den Ankauf zu bewirken, die Kartoffeln zu beschaffen und die Verladung zu veranlassen. Für den Ankauf waren ihm Anweisungen auf Banken mitgegeben. Auch erhielt er für seinen eigenen Gebrauch 1000 Mark mit. Da dort aber nur mit barem Gelde etwas zu machen war, so kam er wieder zurück, um an Stelle der Anweisungen bares Geld zu erhalten. Dieses wurde ihm den auch gegeben. Er erhielt 245 000 Mark und reiste wieder ab. Erdkühnen war derzeit der Sammelplatz einer Mischung von Kartoffeln, Schiefern, Spielern usw., so daß die Verladung, auf falsche Bahn zu geraten, groß war. Der Angeklagte ließ sich von den Diebstahlanten einhalten und verweilte 38 Tage dort, ohne daß es ihm gelang, Kartoffeln zu beschaffen. Außerdem hatte er sich durch launische Leute zum Spiel verleiten lassen. Aber auch der Selbst und die Helfer spielten eine Rolle, so daß er 43 000 Mark veräußerte. Da immer noch keine Kartoffeln eintraten, wurde der Angeklagte telegraphisch abberufen. Um nun aber dennoch Lübeck mit Kartoffeln zu versorgen, übergab er seinen Auftrag an eine dritte Person. Er kündigte diesem Manne seine Vollmacht und 78 920 Mark aus. Als nun der Angeklagte ohne Kartoffeln und Geld hier eintraf, fand am 26. Januar seine Verhaftung statt. Um nun wenigstens noch das seinem Vertreter gegebene Geld zu retten, wurde Herr H. nach Cuxhaven geschickt, der dieses Geld auch einzog. Es besteht die Wahrscheinlichkeit, daß der größte Teil des Geldes wieder herbeigebracht wird. Das Urteil lautet wegen Unterschlagung von 43 000 Mark auf 9 Monate Gefängnis.

Die Gropfenbucherei wird am 22. Mai bis Ende Juni geschlossen. Entliehene Bücher sind bis zum 10. Juni zurückzugeben.

Der Lübecker Kunstverein eröffnet am morgigen Sonntag in der Katharinenkirche seine 45. Kuntausstellung. Es sind Gemälde und Graphiken Lübecker und auswärtiger Künstler in reicher Zahl ausgestellt. Veranden mit dieser Kunstaussstellung ist eine Sammlung künstlerischer Photographien aus der norddeutschen Landschaft. Die Ausstellung ist täglich geöffnet von 10 bis 5 Uhr. Der Eintrittspreis beträgt

wochentags 4 Mk., Sonntags 3 Mk. Ein Besuch dieser interessanten Ausstellung ist dringend zu empfehlen.

Nach Travemünde, Grönitz und Dahme fährt ab 20. Mai jeden Sonntag der Dampfer „Nixe“. (Siehe Inserat).

pb. In die Trave gefallen und ertrunken. In letzter Nacht wurde aus der Trave unterhalb der Fischergrube die Leiche eines 40 Jahre alten, anheimelnd dem Seemannstande angehörenden Mannes geborgen. Nach Aussage von Augenzeugen in der Verunglückte in letzter Nacht wahrscheinlich in angetrunkenem Zustande in die Trave gelaufen. Sofort angestellte Rettungsveruche blieben erfolglos. Der Verstorbenen, der feinerlei Legitimationspapiere bei sich führte, trug schwarzes Jackett, ebensolche Weste, selbgraue Hose, Schürstiefel mit Gummi-sohlen, graue Socken, blau-weiß kariertes Hemd, dunkle Unterhose mit weißen Nähten, weißes wollenes Oberhemd und blaues Zeugporhemd. Personen, die sachdienliche Angaben über die Verhältnisse des Verunglückten machen können, werden ersucht, sich im Bureau der Kriminalpolizei zu melden.

**Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.**

Stadttheater. Sonntag Wiederholung der Schlager-Operette Gilberts: „Die Braut des Lucullus“. Auch für diese Vorstellung sind die Damen Leuz. Berlin, Theater des Westens und W. v. Canova, München, Gärtnerplatztheater verpflichtet. In Dienstag-Abonnement wird Strindbergs: „Nach Damaskus“ 1. Teil wiederholt.

Haus-Theater. Allabendlich durchbraufen wahre Lachfülle das Haus über den berühmten Komiker Anton Franck in dem Schwan „Der feuchte Lebkuchen“. Wie groß das Interesse des Publikums ist, diesen von überlütigtem Humor besetzten Komiker zu sehen, beweist der starke Besuch.

**Angrenzende Gebiete.**

Neubrandenburg. Streikbrecher-Elemente. Auf dem Gute Nevezin hat man in der Mecklenburger Landwirtschaft eine neuzerliche Erfindung gemacht. Einer der dort befindlichen importierten „Arbeitswilligen“ hat versucht, die Zuchtkullen zu erzeugen. Ueber den Erfolg können wir erst später berichten, jedenfalls warten auch wir mit Spannung, ob Räder oder Arbeitswillige aus dieser Zuchtfrucht entstehen; beide sind gleich wichtig für unsere Agrarier. Leider hat die streikende Landarbeiterschaft kein Verständnis für diese epochemachende Neuerung und hat veranlaßt, daß die Bezirke sich des angeführten Zuchtkullen annehme, vielleicht soll auch verhindert werden, daß derselbe ausgeführt wird. Wir schlagen vor, daß auf der nächsten landwirtschaftlichen Ausstellung des „Landbundes“ das Verab-säumte nachgeholt wird; denn es wäre schade, wenn sich die Zuchtfrucht nicht ausbreiten würde.

Cuxhaven. Ein Hamburger Fischdampfer gesunken. Aus Cuxhaven wird gemeldet: Der finnische Dampfer „Birnia“ rannte den Hamburger Dampfer „Zoppot“ in den Grund. Sieben Mann der Besatzung sind durch den Dampfer „Alte Liebe“ gerettet. Ein Matrose und der Koch sind ertrunken. Die Kollision passierte um 1 Uhr nachts. Der finnische Dampfer wurde leicht beschädigt.

Wilhelmshaven. Preistreiberei in Schuhen. Das hiesige Schöffengericht verurteilte den Kaufmann Gärtner wegen Preistreiberei in Schuhen auf 50 000 Mk. Geldstrafe. Der Amtsanwalt hatte eine Gefängnisstrafe beantragt. Die über- teuerten Schuhe wurden beschlagnahmt.

Oldenburg. Ein Riesenfeuer wütete in der Industriestadt Varel. Auf dem Holzlager von Grimm bemerkte man zunächst eine kleine Flamme, und ehe man recht zur Besinnung kam, stand das ganze Holzlager in hellen Flammen. Aus der Stadt, den benachbarten Gemeinden und sogar von Wilhelmshaven und Oldenburg wurden die Spritzen herbeigerufen, die versie die Bekämpfung des Feuers aufnahmen. Trotz angelegener Arbeit verbrannten die gesamten Holzvorräte. Der Verlust wird auf 20 Mill. Mk. beiffert.



die beste Milch-Schokolade

(2280)

**Bella.**

(Eine Hundsgeschichte von Frank Wedekind.)

In der Ludwigstraße wurde mit großem Rump eine Trauung gefeiert. Zwanzig Equipagen fuhren vor, das Kleid, welches die Braut trug, hatte vierhundert Mark gekostet. Der Brautigam war ein variabler Graf und hatte nicht ein einziges Haar mehr auf dem Kopfe, sein zukünftiger Schwiegervater wurde an fünf Millionen geschätzt; eine ungeheure Menschenmenge hatte sich gesammelt, um all die Pracht und Herrlichkeit zu bewundern. Bei einem solchen Ereignis durfte meine Zimmerwirtin nicht fehlen.

In ihrer Jugendzeit war sie einmal Schneiderin in der Garbendorferverwaltung ihrer Majestät der Königin von Hannover gewesen. Ihre Zimmer vermietete sie in der Wallberstraße. Die Wohnung lag parterre, und uns gegenüber, nur durch den Treppenturm getrennt, hauste eine vornehme Jungenschriftstellerin, ein Fräulein von Sanden, die ebenfalls einen Zimmerherrn bei sich beherbergte, aber nur einen einzigen, den man selten zu Gesicht bekam.

Von diesem Zimmerherren ging das Gerücht, daß er Ritterkavalier sei und viele Arien verstaute. Die Jungenschriftstellerin erzählte jedem, der es hören wollte, er sei ihr leiblicher Neffe, aber ihre eigene Köchin betriefft dies Verwandtschafts-geldnis und behauptete, daß es nur zur Verherrlichung der intimen Beziehungen erdichtet sei, die zwischen den beiden bestanden.

Auf dem Wege zur Trauung in der Ludwigstraße war meine Wirtin von dem einzigen Wagen begleitet worden, von dem sie sich in dieser Welt aufrechtig und treu geliebt glaubte. Es war das eine unterirdische kleine weiße Frachtwagen namens Bella. Die Trauung verlief sich zur Begrängung familiärer Zusammenkünfte vollkommen programmäßig, und während ihres Verlaufes erhielt Bella einen aufrichtig gemeinten Liebesantrag von einem einflussreichen, kleinen, schneeweißen Pflanzling, der sich in Begleitung eines Erdenmädchens aus der Georgenstraße zur Feierlichkeit eingefunden hatte.

Bella habe die Zubringlichkeit des kleinen Kanaklers zuerst auf Entwürfen abgewiesen. Offenbar in Folge seiner geistreichen Unterhaltung voll sprudelnden Witzes fand sie dann aber doch Gefallen an ihm und begann nun in jener schwanenlosen Weise mit ihm zu scherzen, die wir alle schon von Dames der Gesellschaft erfahren haben und die uns manche berde Enttäuschungen bereitet hat. Daß er nicht zu dem kleinen Kanakler gehörte, wurde erst im Verlauf der Besprechung zwischen Bella und dem Herrn nach Schluß der Trauung vernehmlich. Der Herr mit dem kleinen Kanakler zusammen, bis zu ihrer Wohnung in der Wallberstraße zu begleiten wagte. Raum aber

waren alle drei in den Hausflur eingetreten, als Bella wie ein wütendes Kanakler über den kleinen Kanakler fiel, und sie hätte ihn sicher zu Tode gebissen, wäre meine Wirtin nicht dazwischen getreten und hätte dem Streik ein Ende gemacht. Sie zog sich mit ihrer Bella ins Innere der Wohnung zurück, und der kleine Kanakler blieb seinen Gedanken über Weiberstärkheit überlassen.

Nachmittags um drei wollte meine Wirtin ausgehen, um einige Einkäufe zu machen. Beim Verlassen der Wohnung fand sie Bella mit tränenerfülltem Gesicht vor der Tür sitzend. Sie jagte ihm, er solle die Sache doch nicht so schwer nehmen und ruhig nach Hause gehen; aber er verstand ihre Worte gar nicht; er jankte nur trüblich den Kopf. Als sie drei Stunden später nach Hause kam, sah Bella noch auf demselben Fleck. Raum aber hatte sie die Tür zurück geöffnet, als Bella mit gellendem Geschrei: „Scheiß dich!“ auf den Unglücklichen von neuem zu mißhandeln. Sie wurde mit Jägerrufen in ihr Zimmer zurückgewiesen. Nachts gegen drei Uhr kam ich, mit einem meiner Zimmerknechte in eine philosophische Diskussion vertieft, von unserer Kneipe nach Hause. Ich sah Bella im großen Mondlicht auf der Straße vor dem Hause keiner Angebeteten hin und her irren. Bella selber schlief in dem weichen Kissen zu Füßen ihrer Gebieterin.

Während der nächsten acht Tage sah der kleine Kanakler täglich von morgens neun Uhr bis Sonnenuntergang in unserem Hausflur, ein Ritter Loggenburg, wie er sich immer nicht denken läßt, und schmeichelte an die verblödete Türe hin. Am dritten Tage erschien am die Mittagszeit ein hübsches Stubenmädchen mit weißer Krone im Haar aus der Georgenstraße, um ihn zu den Geizigen zurückzuführen. Ich sehe ihn noch zwanzig Schritte hinter dem Rücken herstrahlen, daß ihn durch die strengsten Worte zum Klugegen nötigte, während er selber fortwährend die sehnsüchtigsten Blicke nach dem Graue feiner Seelenruhe zurückwarf.

Meine Wirtin war kein so empfindungsarmes und verständnisloses Geschöpf, wie es alle Jungfern sonst zu sein pflegen; dazu hatte sie schon zu viele Zimmerherren und hatten ihre Zimmerherren schon zu viele Verhältnisse gehabt. Eines Tages hielt sie ihrer Bella eine mütterliche Tadelrede, in der sie, wenn nicht im Geleise der Liebe, so doch wenigstens aus Mitleid und Barmherzigkeit appellierte. Darauf machte sie die Tür auf und ließ Bella herein. Bella ließ ihn so nahe wie möglich an sich heran- kommen, ruhig abwartend, bis er sehnsüchtig die Schnauze gestreckt hatte; dann packte sie ihn mit grimmigen Fingern an der Gurgel und hätte ihn beinahe wieder in die Gasse geworfen. Um dies Unglück zu vermeiden, nahm meine Wirtin sie beim Kopfe und hielt sie bereit, daß sie sich nicht rühren konnte, und nun kommt der Moment, wo ich in dem kleinen Kanakler jenes moralische Empfinden entdeckte, auf das wir Kanakler, wenn wir es wirklich be- willigen, so unendlich stolz sind, und das wir dabei keinem anderen unserer Mitgeschöpfe aus Erden geschweigen. Bella war vollkommen wehrlos; aber ich war kein Kanakler, Doria, er war ein Kanakler, wie es unter Kanakler so viele gegeben hat; weil davon überzeugt, daß die Schnauze zu nahe zu machen, und er schon grinsend und sah bald nach, daß meine Wirtin mit einem Kanakler

endlicher Schwermut an. Und als die gute Frau ihrer Bella dann zum Lohn für ihre Unmenslichkeit einige Klapspe verabreichte, da brauste Bella voll stichtlicher Entrüstung auf und bellte; um seine Geliebte zu verteidigen, in einem so hochherzigen Pathos, daß ihn sich jugendliche Heldendarsteller hätten zum Vorbild nehmen können.

Der Versuchungsverfuß war gänzlich mißlungen; aber schon am nächsten Morgen trat ein Ereignis ein, das den weiteren Liebeswerbungen Bloch ein für allemal ein Ziel setzte. Die Jungenschriftstellerin Fräulein von Sanden, die mit ihrem vor- geblichen Neffen die gegenüberliegende Wohnung innehatte, be- fragte sich bei meiner Wirtin darüber, daß der kleine weiße Pint- scher den Hausflur verunreinige. Meine Wirtin entgegnete ihr kurzweg, der Hund gehöre nicht ihr und sie sei daher nicht für seine Handlungsweise verantwortlich. Darauf machte die Jungenschriftstellerin aber geltend, daß der Pintschler sich nur wegen des Hundes, der ihr gehöre, täglich hier einstelle. Meine Wirtin erwiderte, das sei weder ihre eigene Schuld noch die ihrer Bella. Darauf gab ein Wort das andere, es entspann sich ein äußerst erregter Streit, den meine Wirtin schließlich mit dem ungeheuer- lichen Vorwurf abschloß: „Sie sehen den Splitter im Auge ihres Nächsten und den Balken in ihrem eigenen nicht!“ — Die Schrift- stellerin war sprachlos vor Wut. Mit dem Auge des Nächsten konnte niemand anders als Bella gemeint sein, mit dem Splitter darin niemand anders als Bloch, und der Balken im eigenen konnte nur auf ihren eigenen dramensschreibenden Neffen Bezug haben. Sie griff deshalb sofort zur Feder und schrieb einen vier- Seiten langen Brief an den Hausherrn. Meine Wirtin, die das voraussehen mochte, setzte ihren Hut auf, warf ihren Mantel um und ging in Begleitung von Bella, um selber ein Wort mit dem Hausherrn zu sprechen.

Gegen Abend des selbigen Tages erschien dann der Haus- besitzer, ein kämmerbühiger Fleischermeister, in eigener Person und verfündete folgendes Urteil:

Erstens ist dem zudringlichen Hunde auf das allerstrengste das Haus zu verbieten. Läßt er sich binnen heute und vier- zehn Tagen nicht dazu herbei, seine Besuche einzustellen, dann hat meine Wirtin ihre Bella abzuschaffen, denn“, sagte der Fleischermeister, „mein Haus ist ein moralisches Haus.“

Zweitens hat die Schriftstellerin Fräulein von Sanden binnen heute und vierzehn Tagen den Nachweis zu erbringen; daß ihr angeführter Neffe auch wirklich ihr leiblicher Neffe ist. Sollte ihr das nicht gelingen, dann ist ihr die Wohnung ge- ründigt. „Mein Haus ist ein moralisches Haus und soll es bleiben.“

Als ich abends nach Hause kam, sah ich die Jungenschriftstellerin und meine Wirtin in den letzten Abendsonnenstrahlen, in sehr eifriger Unterhaltung begriffen, im Garten promenieren. Sie waren vollkommen ausgehölet. Aber von dem niedlichen, kleinen Kanakler hat von dem Tag an kein Mensch mehr etwas gesehen.

\*) Aus dem Nachlass von Wedekinds Werke (München, Georg Müller), welcher den Dichter als Dramatiker, Komiker und Satiriker nochmals mit voller Klarheit herausstellt.

# Gewerkschaften.

## Freie Gewerkschaften und Schlichtungsordnung.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes haben dem Reichstag eine Eingabe zum Entwurf der Schlichtungsordnung unterbreitet. Zu § 7 verlangen die Vorstände eine Formulierung, die die Zulassung sogenannter geheimer Organisationen auf der Arbeitnehmersseite unmöglich macht. Unzulässig wendet sich die Eingabe gegen die vorgeschlagene Fassung des § 55. Diese Bestimmung verlangt vor der Anwendung von Kampfmaßnahmen Anrufung der zuständigen Schlichtungsstelle, Schlichtungsmaßnahme und geheime Abstimmung über dessen Annahme. Kampfmaßnahmen sollen nur zulässig sein, wenn eine Zweidrittelmehrheit den Kampf beschließt und mindestens drei Tage nach Zustellung des Schlichtungsbeschlusses verstrichen sind. Die Vorstände der beiden Verbände halten die obligatorische geheime Abstimmung für undurchführbar bei größeren und räumlich ausgedehnten Bewegungen. Damit wäre aber für größere Bewegungen das Streikrecht illusorisch. Alle größeren Lohn- und Tarifbewegungen müssen sich in einer Reihe lokaler Bewegungen auflösen. Auch die Kontrolle der Gewerkschaften sei nur in einzelnen lokalen Abstimmungen durchführbar. Die Gewerkschaften könnten dem Anrufungsweg gegen den Willen der Parteien nicht zustimmen. Es genüge, wenn das Gesetz vorschreibe: „Wird bei einer Gesamtkriegsaktion die zuständige Schlichtungsstelle oder Schlichtungsbehörde von einer der beteiligten Parteien angeufen, so hat sie das Schlichtungsverfahren einzuleiten, die beteiligten Parteien zu Verhandlungen zu laden und, falls eine Einigung nicht zustande kommt, einen Schlichtungsbescheid zu fällen.“ Die Vorstände der zwei Organisationen erklären weiter, daß sie keineswegs die schwierige Lage der lebenswichtigen Betriebe und die große Verantwortung der Regierung für die ihr anvertrauten öffentlichen Interessen verkennen. Ein Reglement für Streiks in lebenswichtigen Betrieben und zur Verhütung wilder Streiks werde dem Gewerkschaftskongress des ADGB in Leipzig sowie der Ausschüßigung des Afa-Bundes zur Beschlußfassung unterbreitet. Die Reglemente würden dann in allen Gewerkschaftsgruppen aufzunehmen sein. Bei solcher gewerkschaftlicher Verpflichtung, die Streikbewegung in geeignete Bahnen zu lenken, erwarte man vom Reichstag, daß dieser den Versuch, das Schlichtungsverfahren durch gesetzliche Zwangsvorschriften wie im § 55 zu verschärfen, ablehne.

## Achter Verbandstag der Fleischer u. v. B.

K. r. Halberstadt, 10. Mai. In der Zeit vom 7. bis 10. Mai tagte hier der Zentralverband der Fleischer. Es waren 56 Delegierte anwesend, sowie Henkel-Berlin und Fiedler-Berlin von der Hauptverwaltung, Krause als Redakteur, Bergmann-Hamburg vom Verbandsauschüß, ferner Vertreter aus Ungarn, Schweiz, Dänemark, Norwegen, von der GCS, von der Stadt Halberstadt und Baderi vom ADGB.

Henkel-Berlin gab den Geschäftsbericht, Krause ergänzte ihn, indem er nach besonders auf die redaktionelle Tätigkeit eingieng. Krause plädierte nach für das stägige Erscheinen der Verbandszeitung. Fiedler-Berlin sprach über die Kaufverhältnisse und Bergmann-Hamburg gab den Ausschüßbericht.

Dann setzte eine den ganzen ersten Tag ausfüllende Diskussion ein, die insbesondere von dem Antrag nach dem Indus trie- verband Zeugnis ablegte, wobei den Brauerei- und Mühlenarbeitern lebhafteste Vorwürfe gemacht wurden, die Baderi als Hauptvorsitzender des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes in längerer Rede als unbegründet zurückwies. Die Haltung des Verbandsorgans wurde im großen und ganzen anerkannt, nur Philipp-Hamburg, Zeise-Dresden und andere verwarnten sich gegen die einseitige Kritik an der SPD, eine derartige einseitige Haltung dürfe kein Gewerkschaftsblatt einnehmen. Die meisten Disquisitionsredner aber verteidigten die Redaktion. Gegen das stägige Erscheinen sprachen sich fast alle Redner aus. Von Frieß-Berlin wurde besonders der Vertrauensverlust für die der Verband mehr sorgen müsse. Mit großer Einmütigkeit lehnten die Debatteredner die Arbeitsgemeinschaften für die Fleischer ab. Ingenommen wurde ein Antrag, der die Redaktionsführung billigt. Alle Anträge, die den Nachschmittelsverband herbeiführen, wurden dem Zentralvorstand mit der Verpflichtung überwiesen, alles zu tun, um die Verschmelzung zu fördern.

Zu dem Punkt: „Sozialgesetzgebung“ wurde einstimmig folgende Entschlußfassung angenommen: „Der Verbandstag sieht in den Entwürfen zu dem Arbeitszeitgesetz, Arbeitsnachweisgesetz, Schlichtungsordnung und Arbeitslosenversicherung eine schwere Verdröhung der Interessen der gesamten Arbeitnehmerchaft. Der Verbandstag verlangt von dem ADGB, daß er jedes geeignete Mittel zur Anwendung bringt, um eine Verhinderung und Verdröhung der Arbeitnehmerinteressen abzuwehren. Von dem Gewerkschaftskongress in Leipzig erwartet der Verbandstag, daß er die geeigneten Mittel und Wege und Vorschläge zum Abwehrkampf festlegt, und die Gewerkschaften verpflichtet, alles einzusetzen. Von den politischen Parteien erwartet der Verbandstag wirksame Unterstützung in den Parlamenten und in der Presse.“ Am zweiten Tag hielt Verbandsvorsitzender Henkel ein Referat über „Lohn- und Arbeitspolitik“. Die Beratungen über diesen Punkt wurden ergänzt durch einen Vortrag von Krause-Berlin, der besonders der Verhinderung der Lohnsenkung gewidmet war. Er verwies darauf, daß die Lohnsenkung bei den Fleischermustern schon immer eine Rolle spielte, jetzt im Zeichen der Arbeitslosigkeit werde sie zu einer Gefahr. Nach Fühlungnahme des Verbandes mit der Regierung seien Bestimmungen erlassen worden, die aber von den Handwerkstammern sabotiert würden. Die Erörterungen über das Referat Henkels ergab folgendes: die meisten Delegierten verlangten, daß der Einzelstreik aufgehört, daß nur noch Massenaaktionen in Frage kommen könnten. Man erwies immer wieder auf den Metallarbeiterstreik in Süddeutschland, der unnötiges Verbluten bedeute. Natürlich fanden sich auch Stimmen, die das als widerwärtig bezeichnen, die sich auf den Standpunkt stellten, es seien ja nicht einmal die eigenen Kampfmittel benutzt worden, man könne doch nicht fortwährend Generalstreiks ausrufen. Besonders der Kost- und Logiszwang spielte eine große Rolle. 26 Redner traten auf den Plan. Angenommen wurde dann eine Resolution gegen das Kost- und Logiszwang. Abgelehnt wurde eine Resolution, die den süddeutschen Metallarbeiterstreik zum Anlaß nimmt, einen allgemeinen Generalstreik zu verlangen.

Krause-Berlin referierte über den Leipziger Gewerkschaftskongress. Er polemisierte gegen die Planwirtschaft, die der Bund in der Betriebsratgesetzgebung propagiere. Er führte aus: wir wollen weiter wie die Planwirtschaft, wir wollen den Sozialismus. Unzufrieden behandelte Krause die Schlichtungsordnung und die Haltung des Bundes dazu. Auch der Entwurf über die Arbeitslosenversicherung fand eine scharfe Kritik. Auch in der Steuerfrage habe der ADGB gründlich verlagert. In der Aussprache kümmerten die Disquisitionsredner dem Referenten insoweit zu, als die Haltung des ADGB in der Sachwertfassung klar angegriffen wurde. Ueber die Schlichtungsordnung gingen die Meinungen auseinander, fanden sich aber wieder im Kampfe für die Arbeitslosenfürsorge (an Stelle der Versicherung). Lebhaft umstritten war die ganze soziale Gesetzgebung. Man verlangte einen härteren Kurs. Baderi vom ADGB versuchte in eindringlichen Worten klar zu machen, daß alle Verhandlungen des Bundes nur ausgehen könnten von dem, was zu erreichen sei. Die 10 Punkte des ADGB und der Afa sollten ein Programm darstellen. In der weiteren Aussprache rückte der Verbandstag von einer „Tech-

nischen Nothilfe“ weit ab. Die Abstimmung über einen Antrag, der sich gegen die Betriebsratgesetzgebung wandte, ergab Ablehnung des letzteren.

Als Delegierte zum Leipziger Gewerkschaftskongress wurden Bergmann-Hamburg und Krause-Berlin bestimmt.

In der Statutenberatung wurde die Streikunterstützung ganz wesentlich erhöht, besonders davon wieder die Kinderzulagen.

Die Wahlen ergaben, da Krause eine Wiederwahl energisch ablehnte, folgendes: Henkel-Berlin 1. Vorsitzender, Weil-Frankfurt a. M. Redakteur, Fiedler-Berlin Kassierer.

Die Errichtung einer Preiskommission und eines Verbandsrates wurde abgelehnt.

Der nächste Verbandstag findet 1925 statt.

## Genossenschaften.

Auf dem Verbandstag des Verbandes nordwestdeutscher Konsumvereine am 6. und 7. Mai in Salzfuss (Lippe) wurde bei der Erörterung des Themas „Selbstverwaltung und Betriebskapital der Konsumgenossenschaften“ der Gedanke der Inanspruchnahme von Staats- und Gemeindefreiditen von zwei Delegierten in die Debatte gezogen. Ein von ihnen eingebrachter Antrag forderte solche Kredite. In der Aussprache fanden sich außer den beiden Antragstellern keine Befürworter dieser Art sich schon alten Idee. Vielmehr wurde unter Hinweis auf die allgemeine Finanznot von Reich, Staaten und Gemeinden die genossenschaftliche Selbsthilfe als einzig zuverlässiges Mittel zur Förderung der Verbraucherorganisationen und zur Abnahme genossenschaftlicher Gemeinwirtschaft angesprochen. Auch die Gründe der Freiwilligkeit und Selbstständigkeit wurden dafür ins Feld geführt, auf die eigene Kraft zu bauen, wobei das mißglückte Experiment mit den russischen Genossenschaften durch die Sowjetregierung als schlagender Beweis Verwendung fand. Die gelegentliche Benutzung öffentlicher Kredite für gemeinnützige Hilfsaktionen, insbesondere etwa die Beteiligung von Gemeinden an genossenschaftlichen Betrieben, Obligationen und Hilfsmaschinen wurden nicht abgewiesen, da sie etwas anderes bedeuten, als Staats- und Gemeindefreidite schlechthin. Der erwähnte Antrag verfiel den auch der Ablehnung durch den von 88 Vereinen und 9 anderen Organisationen mit 347 Abgeordneten beschickten Verbandstag gegen nur 3 Stimmen.

Die Jahresberichte der 10 Revisionsverbände des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine für das Jahr 1921 lassen den wachsenden Umfang dieser großen zentralen Verbraucherorganisationen wieder deutlich erkennen. In den Revisions- oder Unterverbänden waren am Schluß des letzten Jahres 1921 Konsumvereine zusammengeschlossen, die rund 2,9 Millionen, also fast nahezu schon 3 Millionen eingeschriebene Mitglieder mit drei bis viermal soviel Familienangehörigen umfassen, rund 38 000 Personen beschäftigen, einen Warenumsatz von 5 Milliarden und 2 Millionen Markt erreichen, die ferner für 740 Millionen Markt Waren erzeugen, für 160,5 Millionen Markt Grundbesitz besitzen, ein eingesetztes Kapital von rund 1 Milliarden Markt verzeichnen, 60,3 Millionen Markt Spareinlagen der Mitglieder verwalten, über 923 Millionen Markt Betriebsmittel verfügen und 193 602 889 Markt Ertrübrigung zum Besten der genossenschaftlich organisierten Verbraucher erreichen konnten. Zu alledem kommen noch die auch die Revisionsverbände berücksichtigten zahlennächtigen Ergebnisse der Arbeits- und sonstigen Genossenschaften, wie der Großverkaufs- und der Verlagsgenossenschaft deutscher Konsumvereine.

Das dänische Genossenschaftswesen hat in den letzten Jahren eine gewaltige Entwicklung nach aufwärts erfahren. Nach einem Bericht des Internationalen Arbeitsamtes beträgt die Mitgliederzahl zurzeit rund 335 000, der Umsatz 225 Mill. Kronen. Die dänischen Konsumgenossenschaften umfassen etwa 46 % der gesamten Bevölkerung des Landes. Während das Schwergewicht der Bewegung auf dem flachen Lande lag, ist auch die städtische Organisation der Verbraucher in den letzten Jahren rasch zu großer Bedeutung gelangt. Der Kopenhagener Konsumverein zum Beispiel, der 1916 erst 7684 Mitglieder mit einem Umsatz von 4 Millionen Kronen aufwies, hatte 1920 schon 28 658 Mitglieder und über 13 Millionen Kronen Umsatz. Der Umsatz der Großverkaufsgenossenschaft der Konsumvereine betrug 1920 schon 203 Millionen Kronen, darunter Eigenprodukt im Werte von 42 Millionen Kronen. Unter den landwirtschaftlichen Genossenschaften ragen besonders die genossenschaftlichen Molkereien hervor, die durchschnittlich je 158 Mitglieder zählen. Diefen gehören jedoch 92 % aller Kühe in Dänemark. Seit 1900 ist die Zahl dieser Molkereien von 1029 mit 113 Millionen Kronen Umsatz auf 1210 mit 660 Millionen Kronen Umsatz gestiegen. Die Buttermaschinen-Bezugs genossenschaft setzte im vorigen Jahre 4 1/2 Millionen Kronen um. Seit 1897 bestehen auch genossenschaftliche Schlachtereien. Heute gibt es ihrer 46 mit 160 000 Mitgliedern. Rund 80 % aller zur Ausfuhr gelangenden Schweine werden durch diese Genossenschaften geschlachtet. — Die genossenschaftlichen Schweine-Erzeugnisse setzten im letzten Jahre 9,4 Millionen Kronen um, die genossenschaftlichen Rinderezeugnisse 24 Millionen Kronen. Diese letzteren besitzen auch eine Mutterviehhirfermar, während die Molkereigenossenschaften einen Mutterviehhof zur Verbesserung der Viehzucht und Verwertungsmethoden unterhalten. Von anderen Gruppen hatten 1920 die Futtergenossenschaften einen Umsatz von 115 1/2 Millionen Kronen, die Kunstbinderbezugsvereine einen solchen von 30 Millionen, die Samenbezugsvereine 5,8 Millionen, die Kohlenbezugsvereine 2,2 Millionen und eine genossenschaftliche Zementfabrik hatte einen Umsatz von 3,3 Millionen Kronen.

## Aus aller Welt.

Ein schwerer Raubmord in Erfurt wurde an den Zigarrenhändler Paul Rauch verübt. Als Täter wurde der Freund des Hauses, der Unterbeamte der Schutzpolizei Loonies verdächtigt, als er in Begleitung seiner Frau Morgens mit dem Zuge 4.02 Uhr nach Weimar fahren wollte. Es fand unmittelbar ein Lokalermittlung statt, wobei Loonies am Tatort der gräßlich verbluteten Leiche gegenübergestellt wurde. Bei einem weiteren Verhör unter vier Augen gelang es nach kurzem Zeugnis die Tat ein. Es stellte sich dabei heraus, daß Loonies dem Rauch heimlich Geld abgenommen, die Leinwandtasche ausgeraubt und die Nebenzimmer durchsucht hatte.

## Theater und Musik.

### Stadttheater.

Die Frau des Lucullus, Operette von Jean Gilbert. Den Beteiligten an der Herstellung dieser Operette hat sicherlich Offenbach als Vorbild gedient. Nun ist Gilbert allerdings nicht der geistvolle „Meister vom Montmartre“, aber doch ein Musiker, dem etwas einfällt, der flotte Reiz- und Tanzweisen nur so aus dem Vornel schüttelt. Gewiß, sie sind nicht immer von besonderer Originalität und Eigenart, sondern vielfach banal, aber doch meistens gefällig und ansprechend. Die musikalische Ausstattung, welche Gilbert der „Frau des Lucullus“ mitgibt, ist sogar sehr respektabel, wenn man auch den Schmutz echter Edelsteine in der Partitur vermischt. Aber, wo findet man den heutzutage? Die Handlung führt uns scheinbar in das alte Rom zur Zeit des berühmten Schlemmers und Feinschmeckers Lucullus. Schon damals gab es Kriege und gab es Leute, die am Kriege

berdienten und die deshalb sich bemühten, Kriege anzuzettelten. Doch in dieser Operette wird der drohende Krieg durch die dem Lucullus bestimmte Frau Melissa vermieden, die ihr Herz an den illustrierten Sondergelanden Agron verloren hat und ihn trotz aller Mängel von anderer Seite, auch ihres Vaters, gewinnt. Im Ernst hat die Operette mit lustigen Episoden und witzigen Bemerkungen gewürzte Annehmlichkeit mit dem alten Rom natürlich nichts zu tun; dieses gibt nur den Vorwand für entsprechende Kostüme und Namen. Sehr drölig wirkte die römische Sindo, die bis auf die fehlenden Hosen, der heutigen merkwürdig ähnelt. Alles in allem: Die „Frau des Lucullus“ ist ein Mädel, das sich, wenn man nicht die höchsten künstlerischen und kulturellen Ansprüche stellt, sehen und hören lassen kann.

Zumal wenn die Wiedergabe so frisch und lebendig ist, wie das am Freitag abend der Fall war. Auf der Bühne herrschte wirkliche ausgelassene Operettenstimmung. Ganz ausgezeichnet war die Titelfigur, die Melissa, mit Elly Leuz vom Theater des Westens besetzt. Die Dame hat Temperament, Stimme, Anmut, Jugend und — Garboden. Mit V. Canoca, die hier schon früher als Rosalinde erfolgreich gastierte, gab der erfahrenen Soliste Floranne wohlberechnete verführerische Reize in Darstellung und Gesang, sie war raffig und launig und wohl dazu angeben und angezogen, die Sinne der Männer in Dämmerstunden zu betören. Ihr grotesker Tanz mit Lucullus, der von Herrn Schubert mit gutem Humor und witzvoller Komik gegeben wurde, erregte stürmische Heiterkeit. Etwas weniger befriedigend war die Darstellung im Spiel, hatte Herr Biffer als überaus glücklicher Vertreter des Agron einen Sieg auf der ganzen Linie. Max Herrmann, dem für die treffliche Spielleistung zu danken ist, als Sipokommandant, Martha Sohenfeld als ründliche Oberleibschöchin, und Karl Bünder als Kriegsgewinnläufigster Konjul Barro entkledigten sich in lobenswerter Weise ihrer kleineren Aufgaben. Kapellmeister Steffel sorgte für ein beschwingtes Tempo der Vorstellung, die von dem dem dicht befehnten Hause jubelnd aufgenommen wurde. Alle, die an dem unbefriedigten Erfolg beteiligt waren, wurden durch anhaltenden Beifall ausgezeichnet.

## Sport.

Am Sonntag, dem 21. Mai, sehen sich auf dem Victoria-Sportplatz, Dornbreite, Marti I gegen Victoria II im friedlichen Wettkampfe gegenüber. Allen Anhängern des Arbeiter Sportbundes ist der Sportplatz Dornbreite daher empfohlen. Anfang 4 Uhr.

## Das Wetter der Woche.

Von der Lausenburgischen Wetterwarte in Wölln.

Nachdem die von uns im letzten Bericht in Aussicht gestellte kurze Wärmeperiode vom 16.—18. Mai am 18. mit Niederdrücken der erwarteten Abkühlung, stellenweise am 17. eingeleitet durch Gewitter, Platz gemacht hat, ist nach unseren Untersuchungen für die nächste Woche (21.—27. Mai), zunächst mit ziemlich kühl, windiger Witterung bei W- und NW-Winden zu rechnen. Obwohl die Nächte ziemlich tiefe Temperaturen zeigen, liegt auch im Binnenlande keine Nachfröstoffgefahr vor, da eine starke Wolkenbedeckung die übermäßige nächtliche Wärmestrahlung verhindert. Vom 23. ab dürfte eine neue Erwärmung, südabwärts fortschreitend, einsetzen und in den folgenden Tagen (24.—26. Mai) ziemlich hohe Werte erreichen. Gegen Ende der Woche (27.) muß jedoch im Anschluß an verbreitete Gewitter (25., 26.) mit einem empfindlichen Wärmegrad gerechnet werden. Die so notwendigen Niederschläge bleiben in der ersten Wochenhälfte noch vereinigt und kurz, sind jedoch etwa vom 24. ab bis Wochenablauf verbreitet und teilweise ergiebiger. Die Wetterlage wird anfangs beherrscht von einem Hoch über SW- bis W-Europa, das östliche Ausläufer nach dem südwestlichen und westlichen Mittel-Europa entsendet und zeitweise auch nach unserem Bezirke (Schleswig-Holstein, Hansestädte, Mecklenburg, Hannover, Brandenburg, N.-Hessen und N.-Westfalen) gelangt, aber hier bald durch ozeanische atmosphärische Störungen verdrängt wird (24.). In der zweiten Wochenhälfte beherrschen letztere Wind und Wetter des Bezirke. Zunächst sind NW- bis SW-Winde zu erwarten, später S- bis SW-Winde, die um den 24. und 26. Mai größere Stärke besitzen. — Im einzelnen: 21. Mai: Ziemlich kühl, stark wolfig, teilweise sonnig, im S.-O. teilweise heiter, lebhaft W- und NW-Winde, Temperatur erhöht. Durchweg trocken. Im NW, N. und NO. vereinzelte kurze Regenschauer. — 22. Mai: Etwas wärmer, sonst wenig Veränderung. — 23. Mai: Wechselnd bewölkt, teilweise heiter, lebhaft westliche Winde, meist trocken. Vereinzelt Regenschauer. 24. Mai: Wärmer, zunächst heiter, später zunehmend bewölkt, stark auffrischende SW-Winde; nachmittags schraufweise Gewitter, im SW. und W. kurze Regenschauer. — 25. Mai: Warm, wolfig, teilweise starke S- und SW-Winde, nachmittags Abkühlung; ausgedehnte Regenschauer. Stellenweise Gewitter. — 26. Mai: Kühlen, stark wolfig bis trübe, stark, an der Küste stürmische SW- bis W-Winde, öfters Regenschauer. — 27. Mai: Kühl, unbeständig, böige W- bis NW-Winde. Regenschauer.

## Briefkasten.

E. G. Der Entscheidung des Wohnungsamtes müssen Sie sich fügen, da anzunehmen ist, daß es unter Berücksichtigung besondrer Verhältnisse entschieden hat.

## Neue Bücher.

Im Feig und Federfeld. Eine Halbvol Kleinier-Geschichten von Bernhard Wilhelm. Verlag von Dörckel u. Mey, Volksbuchhandlung, Hannover. Preis 10 Mark. — In dem dem Buchlein vorangestellten Geleitwort werden als Vorzüge dieser Kleiniergeschichten zweifellos mit Recht genannt: Scharfe Beobachtung der Tiere und ihrer Umwelt, richtige Einstellung des Lesers zum Selbstmitleiden, klares Herzsarbeiten des Wesentlichen an dem beobachteten Treiben der Tiere und echter Humor.

„Sozialdemokratie und die Not der Sozialrentner“ von Richard Meier. Berlin 1922. J. S. W. Dieckhoff. Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Preis 4 Mark. Eine ergreifende Darstellung von der Notlage der Sozialrentner, Alters- und Unfallrentner und eine vortreffliche Uebersicht über alle sozialdemokratischen Interpellationen und Anträge, die auf eine Erleichterung der fürchterlichen Lage der Arbeiter-Rentner gerichtet waren, wird

Die Antropologie, ihr Wesen und ihre Ziele. Von Karl Ludwig G. Stuttgart, Francksche Verlagsbuchhandlung. Preis geb. 22,50 Mk., gebd. 34 Mk.

Die Handdriftendutung. Mathematischer Lehrgang von Herbert Geisner. Preis geb. Mk. 22,50, gebd. Mk. 34.— Francksche Verlagsbuchhandlung, Stuttgart.

## Dr. Bahr's Zahnpulver „No. 23“

Erprobtes Mittel, um die Zähne gesund und weiß zu erhalten. Zahnsteinlösend; desinfectiert die Mundhöhle. Ist im Gebrauch billiger als Zahnpasta. (2229) In allen Apotheken, Drogerien und Parfümerien.

